LGBTQ in Tunesien: Interview mit einem tunesischen Aktivisten

Robert Teller, Gruppe ArbeiterInnenmacht Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Alaa Khemiri ist ein tunesischer Rechtsanwalt, der auf die Verteidigung von LGBTQ-Menschen vor staatlicher Repression spezialisiert ist. Er ist seit der Revolution von 2011 ein Aktivist in der tunesischen Linken.

Hallo Alaa. Du bist Rechtsanwalt und verteidigst LGBT-Menschen, die in Tunesien von staatlicher Repression betroffen sind. Wie sieht diese Repression aus?

Die LGBT-Community wird vom tunesischen Staat mithilfe des Strafrechts verfolgt. Gemäß Artikel 230 des Strafgesetzbuchs steht auf homosexuellen Geschlechtsverkehr bis zu 3 Jahre Gefängnis und eine zusätzliche Geldstrafe. Artikel 226 richtet sich gegen Transgender-Personen, weil diese die „öffentliche Moral“ verletzen. Darüberhinaus sind die tunesischen Gerichte Homosexuellen gegenüber feindlich eingestellt. Sie wenden nicht nur die genannten Paragraphen an, sie gehen sogar über die gesetzlichen Straftatbestände hinaus und behandeln die homosexuelle Identität als Verbrechen, obwohl Artikel 230 nur den Geschlechtsverkehr kriminalisiert und nicht bereits die sexuelle Orientierung.

In der Praxis wandern Homosexuelle ins Gefängnis, ob sie sexuelle Beziehungen hatten oder nicht. Die tunesischen

Gerichte ordnen bei männlichen Homosexuellen Anal-Untersuchungen an, um
sexuelle Kontakte nachzuweisen. Andere Gerichte gehen sogar noch weiter. Manchmal reicht es aus, dass ein Mann „verweiblicht“ erscheint, damit ein Gericht ihn als Homosexuellen ansieht und entsprechend bestraft.

Lesbische Frauen und bisexuelle Frauen und
Männer haben es etwas leichter. Gerichte können Homosexualität bei Frauen nur
schwer nachweisen, weil kein medizinischer oder sonstiger „Test“ hierfür anerkannt ist. Auch bisexuelle Männer können nur schwer der Homosexualität
„überführt“ werden, sofern sie mit einer Frau verheiratet oder verlobt sind. Die Heirat verleiht ihnen eine soziale Legitimität. Viele Homosexuelle heiraten
aus diesem Grund, um ihre wirkliche Identität zu verbergen und gesellschaftlicher
Stigmatisierung und Ausgrenzung zu entgehen.

Tunesien scheint nach der Wahl von Kais Saied von einer Welle des Populismus erfasst zu sein, wie auch viele andere Länder. Denkst du, dass es für LGBT-Menschen schwieriger wird?

Die rechtliche Situation für Homosexuelle
hat sich nicht verändert. Aber die Äußerungen von Kais Saied vor der Wahl waren
homophob und populistisch. Für ihn ist Homosexualität pervers und ein Virus,
das der Westen verbreitet hat, um die tunesische Gesellschaft zu zerstören.

Auf welche Weise sind junge LGBT-Menschen speziell von Unterdrückung betroffen, etwa in der Schule, an der Uni oder in

ihrer Familie?

Abgesehen von der systematischen rechtlichen Unterdrückung erfahren Homosexuelle gesellschaftlichen Hass und Zurückweisung. Viele Familien werfen ihr Kind aus dem Haus, wenn sie von seiner Homosexualität erfahren – um Einschüchterung durch die erweiterte Großfamilie oder das soziale Umfeld zu vermeiden. Auch in Schulen werden Homosexuelle Opfer von Hass und Einschüchterung, und deshalb versuchen sie normalerweise, ihre sexuelle Identität zu verheimlichen und dem gesellschaftlichen Mainstream zu folgen, um gesellschaftlicher Ausgrenzung und staatlicher Repression zu entgehen.

Welche Gründe hat die Diskriminierung von LGBT-Personen, abgesehen von den gesetzlichen Regelungen?

Die Ausgrenzung entspringt der islamischen Doktrin und den islamischen Institutionen. Der orthodoxe Islam sieht als Strafe für Homosexualität die Todesstrafe vor. Der islamische Diskurs in Tunesien ist hasserfüllt, Homosexuelle werden als pervers oder krank betrachtet. Die islamischen Institutionen sind das größte Hindernis für Gleichberechtigung.

Staat, Religion und Gesellschaft akzeptieren in Tunesien Homosexualität nicht, sie verbreiten Propaganda, um deren sexuelle Identität zu erniedrigen, die sie als Bedrohung für Werte und Moral der Gesellschaft betrachten. Die tunesische Gesellschaft ist für ihren Konservatismus bekannt. Sogar viele Abgeordnete betrachten Homosexualität als Sünde.

Die Tunesische Revolution hat den Klassenkampf in Tunesien stark bestimmt. Gab es seither Verbesserungen bei den Rechten von LGBT-Menschen?

Der einzige Fortschritt ist, dass das Thema nun öffentlich debattiert wird. Vor 2011 war es ein Tabu, man konnte es nicht öffentlich ansprechen. Das ist der Verdienst von LGBTQ-Vereinigungen, die das Thema in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Welche Positionen gibt es in den traditionellen Organisationen der tunesischen Linken dazu? Ist sexuelle Befreiung für sie eine Priorität?

Die traditionelle Linke ist konservativ und betrachtet LGBTQ-Rechte nicht als Priorität ihres Kampfes. Selbst wenn dieses Thema diskutiert wird, verteidigen die konservativen Linken die LGBT-Community nicht. Sie betrachten das als zweitrangig gegenüber der Verteidigung ökonomischer und sozialer Errungenschaften.

Wie organisieren sich LGBT-Menschen in Tunesien, um für ihre Rechte zu kämpfen? Was ist deiner Meinung nach notwendig, um den Kampf voranzubringen?

Nach der Revolution 2011 haben sich viele Vereinigungen gegründet, die das Ziel haben, die LGBTQ-Community zu verteidigen – und zwar zum ersten Mal in der Geschichte Tunesiens und der arabischen Welt überhaupt. Es gibt mehr als 5 verschiedene Organisationen, die sich der gegenseitigen Hilfe und Verteidigung der LGBTQ-Community verschrieben

haben,
etwa die Organisationen „Shams“, „Damj“ und „We exist“.

Diese Organisationen machen kontinuierlich
öffentliche Kampagnen. Eine von ihnen veranstaltet seit 2015 ein jährliches Festival für Queer-Kultur. Shams hat einen eigenen Radiosender gestartet, „Shams Rad“, der die Belange der LGBTQ-Community verteidigt.

Dennoch, die Strategie bei den meisten
dieser Organisationen zielt nicht darauf ab, die gesellschaftliche Wahrnehmung
gegenüber LGBTQ-Menschen zu verändern, sondern durch Lobbyarbeit auf die
liberalen Kräfte einzuwirken, um die homophobe Gesetzgebung zu beseitigen. Sie
finden es zu schwer, die gesellschaftlichen Ansichten über die homosexuelle Identität in der tunesischen Gesellschaft ändern zu wollen.

Sie versuchen durch Öffentlichkeitsarbeit,
die liberalen Kräfte und die ausländischen Stiftungen in Tunesien zu sensibilisieren, um damit politische Entscheidungen zu beeinflussen. Ich denke,
die Community sollte geschlossen auftreten und Druck auf das Parlament ausüben,
die homophobe Gesetzgebung zu ändern.

Tunesien wird oft als das fortschrittlichste nordafrikanische Land beschrieben, was Frauenrechte betrifft. Trifft das zu, und widerspricht das der Situation von LGBT-Personen?

Die tunesische Gesetzgebung in Hinblick auf
die Rechte von Frauen ist tatsächlich die fortschrittlichste in ganz Nordafrika und dem Nahen Osten, aber das gilt eben nicht für die LGBTQ-Gesetzgebung – die
ist genauso reaktionär wie überall im arabischen Raum.

Rechtsruck: Warum sind die Rechten so reaktionär gegenüber Frauen?

Saskia Wolf, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Ob nun in den USA durch Trump, Duterte auf den Philippinen,
Modi in Indien, Le Pen in Frankreich oder die AfD in Deutschland, seit mehreren
Jahren erleben wir international ein Erstarken der Rechten. Dies geht einher
mit Asylgesetzverschärfungen, Abschiebekampagnen, Angriffen auf Geflüchtete und
Migrant_Innen. Aber nicht nur Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Auch
Angriffe auf demokratische Grundrechte und fortschrittliche Gesetze für Frauen
und die Frauenbewegung gehen damit einher. Wir schreiben also das Jahr 2020.
Anstatt dass wir der Befreiung aus der sexuellen Unterdrückung näherkommen,
gibt es ein Rollback für Frauen, ein Zurückwerfen auf ihre Rolle als Mutter und
Hausfrau. Aber warum haben rechte und konservative Kräfte es auf die Freiheit
der Frauen abgesehen?

Seit der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat sich die
Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalist_Innen und ihren Staaten verschärft.

Es kam zu einer massiven Konzentration von Kapital. Gerade die größeren Monopole konnten davon profitieren, während kleinere Unternehmen nicht mithalten konnten.

Kleinere UnternehmerInnen,
auch gerne als Mittelstand bezeichnet, haben Angst, ihre Stellung zu verlieren
und pleitezugehen. Getrieben von der Angst des sozialen Abstieges fangen sie
an, laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz gesagt: Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, um nicht ihren Reichtum
zu verlieren. Sie wollen den globalen Kapitalismus also auf reaktionäre Art bekämpfen.

Mit der Fokussierung
auf Nationalstaat und Protektionismus geht auch einher, dass das Ideal der „bürgerlichen Familie“ gestärkt werden muss. Denn im Kapitalismus ist die Arbeiter_Innenfamilie der Ort, wo unbezahlte Reproduktionsarbeit stattfindet.
Ob nun Kindererziehung, Altenpflege, Waschen oder Kochen – all das reproduziert
die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter_Innen und sorgt gleichzeitig dafür, dass dem Kapital die Produktivkraft nicht ausgeht. Oftmals wird diese unbezahlte Hausarbeit von Frauen verrichtet. Diese Arbeitsteilung wird dadurch
gefestigt, dass Frauen weniger Lohn als Männer bekommen und sie somit nach
einer Schwangerschaft eher zu Hause bleiben. So verdienen beispielsweise Frauen
im Schnitt 22 % weniger als Männer, machen 75 % der Beschäftigten in sozialen Berufen aus und arbeiten immer noch doppelt so lang im Haushalt wie
Männer. Im Kontrast dazu stehen erkämpfte Rechte von Frauen und

LGBTIAs. Ob nun
Legalisierung von Homosexualität, die Gleichstellungsgesetze, das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper – all das lehnen die Reaktionär_Innen
mit aller Macht ab. Denn diese Errungenschaften greifen das Idealbild der Familie an, auf das sie stark angewiesen, sind damit ihre protektionistische Vorstellung der Nation Wirklichkeit wird.

Warum sind sie erfolgreich?

Um erfolgreich gegen rechts zu kämpfen, müssen wir
verstehen, warum diese überhaupt so stark geworden sind. Ein zentraler Grund
dabei ist die Führungskrise der Arbeiter_Innenklasse. Nach der Finanzkrise stieg nicht nur die Konkurrenz unter den Kapitalist_Innen. Große Teile der Krisenkosten wurden auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt in Form von Sparmaßnahmen,
Entlassungen und dem Ausbau des Niedriglohnsektors. Das sorgte dafür, dass
große Teile der Klasse in Armut abrutschten. Dabei konnten weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften die Lage verbessern. Vielmehr verwalteten
sie diese Politik im Interesse des Kapitals mit. Die desillusionierten Teile der Arbeiter_Innenklasse wenden sich daraufhin den Versprechungen der Populist_Innen zu.

Was tun?

Gegen Rechtspopulist_Innen und Reaktionär_Innen bedarf es
einer antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront, nicht nur gemeinsamen Kampfs mit den Bürgerlichen gegen rechtliche Einschränkungen. So nennen wir
einen Zusammenschluss zwischen Organisationen der Arbeiter_Innenklasse für
Klassenziele, die z. B. die liberalen Elemente nicht teilen, und mit

Kampfmitteln wie Streiks, über die andere Klassen nicht verfügen. Im Zuge dessen bedarf es zentraler Aktionstage, bei denen alle Beteiligten mobilisieren. Dabei ist es wichtig, nicht nur formal zu einer Demo aufzurufen, sondern klar zu fordern, dass die Basis der Organisationen in die Mobilisierung einbezogen wird. Das bedeutet, dafür einzutreten, dass es Vollversammlungen und Aktionskomitees an Schulen, Unis und in Betrieben gibt, die sich im Rahmen der Mobilisierungen mit der aktuellen Politik auseinandersetzen und sich fragen: Wie kann hier konkret eine fortschrittliche Politik aussehen? Das sorgt dafür, dass an den Orten, an denen wir uns tagtäglich bewegen müssen, eine bewusste politische Auseinandersetzung anfängt und zeitgleich mehr Leute erreicht werden als jene, die sich eh schon für Antirassismus und Antifaschismus interessieren. Zentral ist es, Kämpfe miteinander zu verbinden und nicht nur aktuelle Angriffe abzuwehren, sondern auch für konkrete Verbesserungen, um aus der Defensive herauszukommen. Um die Situation von Geflüchteten unmittelbar zu verbessern, müssen Revolutionär_Innen für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle eintreten. Darüber hinaus müssen wir die Integration in die Gewerkschaften verlangen, um gemeinsam der Spaltung entgegenzutreten, besser gemeinsame Kämpfe führen zu können wie beispielsweise für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn, aber auch das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.

Wenn wir erfolgreich dem Rechtsruck entgegentreten wollen, müssen wir aktiv gegen rassistische, sexistische Spaltung und für Verbesserungen der Klasse kämpfen. Nur so können wir die Reaktionär_Innen

aufhalten!

Femizide – Frauenmorde international, Widerstand international

Jonathan Frühling, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Femizide

Der Begriff des Femizids (engl. femicide) wird
seit Beginn des 19. Jahrhunderts benutzt in Abgrenzung zum englischen Begriff
„homicide“ (Mord, Totschlag). Die feministische Soziologin Diana Russell definiert den Femizid als einen Mord an einer weiblichen Person durch einen Mann aufgrund der Tatsache, dass sie weiblich ist. Diese Definition schließt die Tötung von Kindern mit ein. Außerdem wird damit die geschlechterspezifische
Motivation der Morde verdeutlicht, die Frauen durch Männer widerfährt. Der Femizid stellt noch vor der Vergewaltigung die höchste Manifestation der Unterdrückung der Frau dar.

2017 wurden laut UNO 87.000 Frauen Opfer von Mord,
50.000 wurden dabei durch eigene Familienmitglieder oder den Partner getötet,
wobei 38 % dieser Morde auf den eigenen (Ex-)Partner entfallen.

Die meisten Femizide werden nicht bestraft, was an
dem limitierten Zugang von Frauen zu Gerichtsbarkeit und der

benachteiligten
Stellung in polizeilicher Ermittlungsarbeit liegt. Allgemein ist die
statistische Lage zu Femiziden allerdings sehr schlecht, da in Mordstatistiken meist nicht einmal das Geschlecht, geschweige denn der Tötungsgrund erfasst
werden.

Gründe für Femizide

Der allgemeinste, auch in der bürgerlichen
Gesellschaft anerkannte Grund für Femizide ist der Wille der Männer das Leben,
den Körper und die Sexualität der Frauen zu kontrollieren. Versuchen sich Frauen, dem zu widersetzen, nehmen die Männer auch die Tötung der Frau in Kauf,
um ihre Vormachtstellung zu erzwingen.

Die Morde an homosexuellen Frauen werden ebenfalls
als Femizide bezeichnet. Eine weitere Form der Femizide sind die sogenannten
Ehrenmorde. Dabei werden Frauen ermordet, weil sie z. B. vor der Ehe Sex hatten oder vergewaltigt wurden und somit aus der Sicht der Sexisten die „Ehre“
der Familie verletzt haben.

Femizide passieren aber auch, weil Frauen der
Hexerei bezichtigt werden, was besonders im Südpazifikraum ein Problem darstellt. Vor allem in Südasien werden Frauen wiederum in Zusammenhang mit
einer als zu gering angesehenen Mitgift getötet. Obwohl Mitgiften eigentlich allgemein z. B. in Indien verboten sind, ist es in vielen Ländern immer
noch üblich, dass die Frau, um eine Ehe schließen zu können, teure Geschenke an
die Familie des Mannes machen muss. Allein in Indien wurden zwischen 2007 und
2009 8.200 Mitgiftmorde registriert.

Zudem sterben Frauen an erzwungener Abtreibung, erzwungener Mutterschaft, Genitalverstümmelung oder Sexsklaverei. Diese Tötungen müssen laut Diana Russell ebenfalls als Femizide bezeichnet werden.

Ein dem Femizid ähnliches Phänomen ist die gezielte Abtreibung von Mädchen, welche vor allem in Südchina und Indien Anwendung findet. Es wird dabei weiblichen Menschen grundsätzlich das Recht auf Leben verwehrt. Da die pränatale Geschlechtsbestimmung für viele arme Familien nicht zugänglich ist, werden viele weibliche Säuglinge direkt nach der Geburt ermordet. In diesem Fall kann ganz klar von einem Femizid gesprochen werden.

Situation in Lateinamerika

Unter den 25 Ländern mit der höchsten Femizidrate befinden sich 14 lateinamerikanische. Jeden Tag werden dort 12 Frauen Opfer von Femiziden. Besonders schlimm ist die Lage in Mittelamerika. Die Folge davon war nach öffentlichem Druck die Einführung der rechtlichen Kategorie des Mordes mit geschlechterspezifischen Gründen.

Sieben Länder mit der höchsten Femizidrate befinden sich in Europa, drei in Asien und nur eins in Afrika. Das beweist, dass Frauenmorde auch in der sogenannten westlichen Welt ein weitverbreitetes Problem darstellen. In Europa wird jedes Jahr jede 250.000 Frau Opfer eines Femizids.

Situation in Deutschland und Österreich

Deutschland hat die Definition von Femiziden der WHO nicht übernommen und kennt den Femizid als Straftatbestand nicht. In Deutschland gab es von 2012–2017 laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 849 Morde von Frauen in (Ex-)Partnerschaften und 1212 versuchte Tötungen. Die Statistiken über Gewalt gegen Frauen sind allerdings unzureichend. Ob es sich dabei wirklich um Femizide handelt, ist z. B. unbekannt, da die Tatmotive nicht erfasst werden. Deutschland hat bisher auch die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt), die Staaten europaweit zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet, nicht unterzeichnet, sondern 2017 lediglich ratifiziert. Diese Konvention forderte unter anderem, eine Kommission einzurichten, die Daten zur Gewalt gegen Frauen zu erfassen, zu bewerten und zu verbreiten.

Österreich hat europaweit die höchste Rate von Femiziden (41 in 2018). Ein Grund dafür könnte in der massiven Bagatellisierung der Gewalt gegen Frauen durch die Justiz liegen. Einschüchterung, Misshandlung, Bedrohung und sexuelle Gewalt gehen dem Femizid meistens voraus. Die Täter planen zumeist ihre Tat und sprechen Morddrohungen aus. Wird dies nicht ernst und werden die potentiellen Täter nicht in Untersuchungshaft genommen, sondern z. B. nach einer Trennung auf freien Fuß gesetzt, besteht für Frauen eine enorme Gefahr. Wie schlimm die Lage ist, zeigt sich auch daran, dass nur 10 % der gewalttätigen Männer nach der Anzeige durch eine Frau verurteilt

werden.

Die Bewegung „Ni Una Menos“

Als Reaktion auf einen Femizid in Argentinien wurde 2015 das Kollektiv „Ni Una Menos“ (Nicht eine weniger), bestehend aus Journalistinnen, Künstlerinnen und Aktivist_Innen, gegründet. Unter dieser Parole sind am 3. Juni 2015 Hunderttausende gegen Femizide auf die Straße gegangen. Die Bewegung wurde in der Folgezeit in einer Vielzahl von Ländern adoptiert, vor allem in Lateinamerika (z. B. Chile, Peru, Mexiko), aber auch in Spanien oder Italien. Wie mächtig diese Bewegung ist, zeigt z. B., dass die „Ni Una Menos“-Demonstration in Peru am 13. August 2016 die größte in der Geschichte dieses Landes war. Am 19. Oktober 2016 gab es den ersten massenhaften Frauenstreik, der 8 Länder Lateinamerikas umfasste. Die Bewegung sprengt schaffte es also, nationale Grenzen zu sprengen.

Am 20. Dezember 2019 beteiligten sich in 200 Städten über die ganze Welt verteilt vor allem Frauen an Flashmobs und Demonstrationen gegen Frauenmorde und sogenannte „Rapeculture“.[1] Besonders brisant ist dabei, dass die Proteste maßgeblich von Chile ausgehen, wo die Frauenkampfbewegung im Rahmen mächtiger Proteste gegen die neoliberale Regierung stattfindet. Es kann dort eindrucksvoll beobachtet werden, wie sich verschiedene Bewegungen z. B. gegen Sexismus, Umweltzerstörung und Neoliberalismus zu einer Bewegung für eine bessere Gesellschaft vereinen.

Perspektive im Kampf gegen Femizide

Wie die mächtigen Frauenkampfbewegungen in Spanien und Lateinamerika gezeigt haben, ist es möglich, Fortschritte zu erkämpfen. So hat z. B. Spanien 2010 damit begonnen, Statistiken zu Femiziden zu führen, was das Bewusstsein für das Problem gesteigert hat. In 16 lateinamerikanischen Ländern wurde der Femizid als Straftatbestand oder als strafverschärfendes Merkmal aufgenommen, was auch zu einer Erfassung der Aburteilungsquote führte.

Prävention und direkte Hilfe müssen natürlich massiv ausgebaut werden. Eine feministische Bewegung muss gegen den eklatanten Mangel an Frauenhausplätzen ankämpfen. In Deutschland müssten laut der Istanbuler-Konvention 21.400 Betten in Frauenhäusern verfügbar sein. Momentan gibt es nur 6.800, weswegen Frauen oft wieder zu ihren gewalttätigen Partnern geschickt werden. Auch eine ordentliche gesundheitliche und psychische Betreuung, Vermittlung in Jobs, ein höheres Arbeitslosengeld oder die konsequentere Eintreibung von Unterhaltszahlungen sind wichtige Forderungen. Sie können Frauen helfen und motivieren sich von einem gewalttätigen Partner zu trennen.

Dies kann natürlich im Kampf gegen Femizide nur der Anfang sein. Letztlich müssen vor allem die Macho-Kultur und das Patriarchat angegriffen werden, um der Unterdrückung der Frauen als Ganzes zu begegnen. Die „Ni Una Menos“-Bewegung in Lateinamerika oder der heroische Kampf der

argentinischen Frauen für bessere Abtreibungsrechte können als glänzende Beispiele dienen. Diese Bewegungen müssen verstetigt und ausgeweitet werden,
wenn sie dauerhaft eine Wirkung haben wollen. Entscheidend ist aber auch, dass
sie sich mit den Bewegungen der landlosen Bauern und Bäuerinnen oder der Arbeiter_Innenklasse verbinden. Was wir brauchen, ist eine vereinte Bewegung
gegen den Kapitalismus. Die bürgerliche Gesellschaft basiert nämlich auf der Familie und diese wiederum auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau. Nur
wenn der bürgerlichen Familie ihre kapitalistische Grundlage entzogen wird, kann
eine Bewegung gegen Femizide erfolgreich sein.

Für Marxist_Innen stellen Femizide nur die Spitze
des Eisbergs der Frauenunterdrückung dar. Der „Wille“ der Frauenmörder und
–vergewaltiger basiert also auf den Jahrtausende alten gesellschaftlichen Mechanismen,
die wir an anderer Stelle in dieser Zeitung charakterisiert haben. Nur der Umsturz der Klassengesellschaft und die Errichtung einer klassenlosen können
den Rahmen für das Ausrotten dieser Umtriebe bilden.

Ein Programm dafür kann sich nicht auf bürgerliche
Polizei, Justiz und Staat verlassen. Die Familie muss in einer höheren Form des
sozialen reproduktiven Zusammenlebens aufgehoben werden. Deshalb fordern wir
die Sozialisierung der Reproduktionssphäre, beginnend mit der unbezahlten Haus-
und Sorgearbeit. Dafür brauchen wir eine neue revolutionäre 5. ArbeiterInneninternationale und eine kommunistische als Bestandteil einer allgemeinen proletarischen Frauenbewegung. Die Bewegung in

Lateinamerika wirft
diese Frage auf, stellt ein ideales Terrain dar, auf dem dieses Programm fruchtbar werden kann. Eine reine Vernetzung, ein Zusammentreffen mit anderen
sozialen Bewegungen löst sie aber nicht von allein, solange die Unterdrückten
noch von einem nichtkommunistischen Bewusstsein geprägt bleiben.

In der Logik der Sozialisierung der Hausarbeit
liegen Forderungen wie nach Unterhaltszahlungen durch den Staat statt durch die
Expartner, die oft genug eine andere Familie unterhalten müssen, was für Lohnabhängige unmöglich macht, auch noch ihre ehemalige finanziell zu versorgen. Diese müssen mit einer Progressivsteuer auf Besitz, Vermögen und
Erbschaften verknüpft werden, die die Reichen zur Kasse für die Finanzierung
dieser gesellschaftlichen statt familiär-privaten Aufgabe – wie im Kapitalismus
– bittet. Das Gleiche trifft auf Frauenhäuser zu. Diese sollten zudem unter Kontrolle der Nutzerinnen und der Arbeiter_Innenbewegung gestellt werden. Zum
Schutz gegen gewalttätige Übergriffe muss letztere sich für staatlich finanzierte Selbstverteidigungskurse für Frauen einsetzen.

In diese Übergangslogik, die die Hand auf den
Reichtum der Herrschenden legt und die Klasse zur Kontrolle des sozialen Geschehens und zur Selbstverteidigung auffordert, können solche Teilforderungen
eingereiht zum Sprungbrett für den Kampf um Sozialismus und Arbeiter_Innenmacht
geraten und kann damit der Anfang vom Ende des männlichen Chauvinismus eingeleitet werden.

1 Mit dem Begriffe „Rapeculture“ wird kritisch
darauf hingewiesen, dass Vergewaltigungen faktisch überall auf der Welt

grausame Normalität sind (und fast immer straffrei bleiben).

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/040/1904059.pdf

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/100/1910062.pdf

http://www.oas.org/es/mesecvi/docs/DeclaracionFemicidio-EN.pdf

https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/WRGS/OnePagers/Gender_motivated_killings.pdf

https://www.tagesschau.de/inland/frauenhaeuser-103.html

https://www.aljazeera.com/news/2019/12/chile-rapist-path-chant-hits-200-cities-map-191220200017666.html

---

Buchbesprechung: Feminismus für die 99 %

Urte March, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Feminismus für die 99 %: Ein Manifest von Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser (Verso Books; Deutsch: Matthes & Seitz, Berlin 2019)

Frauenbewegungen auf der ganzen Welt sind auf dem Vormarsch.
Seit 2017 haben Frauenstreiks Millionen auf die Straße gebracht, um eine gleichberechtigte Gesellschaft zu fordern und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Neoliberalismus und der Austerität aufzuzeigen.

Während konservative und populistische Regime von Indien bis zu den Vereinigten Staaten hart erkämpfte soziale und reproduktive

Freiheiten
als Teil eines globalen Wandels hin zu konservativem Nationalismus attackieren,
greifen feministische Bewegungen zunehmend nach systemischen Erklärungen für
die Unterdrückung von Frauen.

Dies ist die historische Konjunktur, für die der „Feminismus
für die 99 % – Ein Manifest“ geschrieben worden ist. Cinzia Arruza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser, drei in den USA ansässige Akademikerinnen, die
in der Frauenstreikbewegung einflussreich und als feministische Theoretikerinnen sehr etabliert sind, stellen sich die Aufgabe, „eine neue, antikapitalistische Vorstellung von Geschlechtergerechtigkeit“ zu „entwickeln –
eine, die über die aktuelle Krise hinaus – und in eine neue Gesellschaft führt“. (S. 12)

Antikapitalismus und Internationalismus

„Feminismus für die 99 %“ wurde in über 20 Sprachen
veröffentlicht und international weit verbreitet, so dass es sich lohnt, die Bedeutung der Popularität der Broschüre zu bewerten, bevor man die im Manifest
dargelegten Perspektiven hinterfragt.

Die Autorinnen beginnen damit, dass sie den liberalen oder „korporativen“ Feminismus – beschrieben als den Wunsch nach einem besseren Gleichgewicht der
Geschlechter innerhalb der ausbeuterischen Strukturen der Gesellschaft – als völlig unzureichend für die Lösung der drängenden sozialen Probleme der heutigen Welt abtun. Auf den ersten Seiten nennen sie den Kapitalismus, jenes „System,
das den Chef hervorbringt, nationale Grenzen produziert und die Drohnen herstellt, die diese Grenzen überwachen“, als den Feind, der besiegt werden muss, um die Befreiung der Frauen zu erreichen. (S. 10 f.)

Die Autorinnen beschreiben die Unterdrückung der Frauen als wesentlich für das Funktionieren des Kapitalismus und betonen, dass die Befreiung der Frauen ein Kampf zwischen widerstreitenden Kräften in der Gesellschaft ist und nicht das langsame Wachstum der Chancengleichheit. Die Broschüre kehrt häufig zu der Idee der „Transformation des zugrunde liegenden „Gesellschaftssystems“ zurück, das die Unterdrückung der Geschlechter diktiert.
In der Erkenntnis, dass der Kapitalismus ein globales System ist, bekräftigen sie die zentrale Bedeutung der Frauenstreiks für einen neuen globalen Widerstand und erkennen die Notwendigkeit internationalen Handelns an, indem sie erklären, dass der Feminismus für die 99 Prozent „entschieden internationalistisch ist“.
(S. 27)

Hier gibt es viel, dem man zustimmen kann. Die rhetorische Betonung von Antikapitalismus und Internationalismus in der Broschüre, wie vage oder falsch sie auch immer definiert sein mag, zeigt ein wachsendes Bewusstsein in der Frauenbewegung für die Beziehung zwischen kapitalistischen sozialen Verhältnissen und Frauenunterdrückung auf. Gleichzeitig enthüllen die Mängel in der Herangehensweise der Autorinnen den anhaltenden Einfluss der Identitätspolitik und des postmodernen Akademismus auf die Frauenstreikbewegung.

Für den Erfolg einer weltweiten antikapitalistischen Bewegung wird es nicht ausreichen, die destruktiven und unterdrückerischen Tendenzen des Kapitalismus anzuerkennen – es muss die richtige Strategie für seinen Sturz und seine Ersetzung durch ein neues System vorangetrieben

werden.

Soziale Reproduktion

Im Nachwort der Broschüre identifizieren sich die Autorinnen als soziale Reproduktionstheoretikerinnen, und der Inhalt, den sie dieser Identifikation geben, definiert ihre Methode und ihre Schlussfolgerungen. Wie andere TheoretikerInnen der sozialen Reproduktion argumentieren sie, dass die marxistische Tradition fehlerhaft ist, weil ihre Erklärung der Rolle der gebärenden, erziehenden und anderen unbezahlten sozialen Arbeit im Gesamtzyklus der Produktion unvollständig ist. Die zentrale Aussage ihrer besonderen Variante der Theorie der sozialen Reproduktion ist, dass „die kapitalistische Gesellschaft aus zwei untrennbar miteinander verwobenen und doch sich wechselseitig ausschließenden Imperativen besteht" – der Notwendigkeit, Profit zu schaffen (Produktion), und der Notwendigkeit, dass die Menschen sich selbst erhalten müssen (soziale Reproduktion), und dass diese Spaltung auf eine tief sitzende „Spannung im Herzen der kapitalistischen Gesellschaft" hinweist. (S. 87, 91)

Die praktische Bedeutung dieses Ansatzes wird in erster Linie durch den Kontrast zum „traditionellen" marxistischen Denken gefördert, dem die Autorinnen vorwerfen, den Kapitalismus als „lediglich ein Wirtschaftssystem" vorzustellen und nicht anzuerkennen, dass der Kapitalismus „eine institutionalisierte Gesellschaftsordnung" ist, „zu der auch jene scheinbar ‚außerwirtschaftlichen' Verhältnisse und Praktiken gehören, von denen die offizielle Ökonomie getragen wird". (S. 82) Diese Aussage für sich genommen ist einfach eine eigennützige

Vulgarisierung des Marxismus, der in der Tat immer erkannt hat, dass die Produktionsverhältnisse den Überbau der Ideologie, den Staat und eine Vielzahl anderer sozialer Institutionen, darunter die Familie, hervorbringen. Ebenso würde keinE MarxistIn der Aussage widersprechen, dass es „die entlohnte Arbeit des Plusmachens […] ohne die (überwiegend) nicht entlohnte Arbeit des Menschenmachens nicht geben“ könnte. (S. 89 f.)

Die Autorinnen argumentieren ferner, dass MarxistInnen die Produktionssphäre fälschlicherweise als dominant über die Reproduktionssphäre betrachten und die „traditionelle ArbeiterInnenbewegung“ dazu bringen, den wirtschaftlichen Kampf um bessere Löhne gegenüber sozialen Kämpfen zu privilegieren, auf Kosten der Interessen der Frauen. Hier gibt es eine echte Meinungsverschiedenheit. Für MarxistInnen, wie Engels erklärt, geht „die materialistische Anschauung der Geschichte […] von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist“.[1]

In diesem Sinne ist es die Sphäre der Produktion, die die Sphäre der Reproduktion beherrscht und formt. MarxistInnen sehen die Gewinnung von Profit und die Akkumulation von Kapital als treibende Kraft und bestimmendes Merkmal des kapitalistischen Systems. Es war die Entwicklung der Klassengesellschaft, die zur Entstehung der Familie als einer für die herrschende Klasse wesentlichen Institution führte. Der Übergang zum Kapitalismus konsolidierte die Kernfamilie als die effizienteste Art und Weise der Verwaltung der sozialen Reproduktion.

Dies bedeutet nicht, dass die Familie nicht ein Ort der Unterdrückung ist oder soziale und politische Forderungen zweitrangig sind. Der revolutionäre Marxismus versucht, den Kampf der ArbeiterInnenklasse nicht

nur
für bessere Arbeitsbedingungen, sondern für die Abschaffung des gesamten sozialen Systems, das die ArbeiterInnen unterdrückt und ausbeutet, anzuführen.
Der politische Kampf über jede Manifestation der aus dem kapitalistischen System resultierenden Ungerechtigkeiten, einschließlich der sozialen Unterdrückung der Frauen und der Aneignung ihrer unbezahlten Arbeit durch das
Kapital, ist wesentlich für die Bildung von Klassenbewusstsein und den Zusammenhalt einer sozialistischen Bewegung.

In der Tat geht es in Lenins Schlüsselwerk „Was tun?“ fast ausschließlich darum, dieses Argument vorzubringen:

> *„Daher ist es begreiflich, dass die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können […] Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung auszunutzen […] auf den verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein-bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw.“*[2]

Wo die Autorinnen „altmodische Verständnisse“ des
Kapitalismus kritisieren, denen gemäß sie sich die ArbeiterInnenklasse „ausschließlich aus denen zusammensetze, die für Löhne in Fabriken oder Bergwerken arbeiten“, antworten sie nicht auf die marxistische Tradition, sondern auf die stalinistischen und reformistischen Entstellungen des Marxismus. Die Tendenz zum Ökonomismus ist nicht ein Merkmal revolutionärer,
sondern einer im Wesentlichen bürgerlichen Politik, die sich darauf beschränkt,
bessere Bedingungen für die ArbeiterInnen innerhalb der Grenzen des Kapitalismus zu suchen.

Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Kampf um
die soziale Reproduktion zu ersetzen, ohne eine revolutionäre Strategie

voranzutreiben, das kann diesen Fehler nicht überwinden, sondern verlagert ihn
lediglich auf ein anderes Terrain von Teilreformen.

Kapitalismus und Krise

Die Ablehnung des „Feminismus für die 99 %“ dessen, was
das Manifest als den ökonomischen Determinismus der marxistischen Tradition
bezeichnet, führt dazu, dass es den Begriff der kapitalistischen Krise neu theoretisiert und lässt die Autorinnen einer sinnvollen Definition des Kapitalismus beraubt bleiben. Sie behaupten, dass die allgemeine Krise historisch gesehen bedeutende Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Transformation geboten hat und dass die Existenz von Krisenbedingungen den
Imperativ für FeministInnen und Radikale schafft, darauf zu reagieren und den
Prozess zu „lenken“. Die Autorinnen stellen ihr Manifest als Strategie zur „Lösung“ der allgemeinen Krise vor, die wir heute durchleben.

Obwohl die Autorinnen sagen, dass sie auf eine „Krise des
Kapitalismus“ reagieren, bestehen sie darauf, dass sie „diese Begriffe nicht im
üblichen Sinn“ (S. 82) verstehen, und zeigen mit dem Finger auf die marxistische Konzeption der inneren Widersprüche des Kapitals. Stattdessen erkennen sie „als Feministinnen“ an, dass der Kapitalismus auch „weitere, außerökonomische Widersprüche und Krisentendenzen“ (S. 83) beherbergt, was
bedeutet, dass die kapitalistische Krise „nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ökologische, politische und auf die gesellschaftliche Reproduktion bezogene“ ist. (S. 84) Für sie besteht die Wurzel all dieser Krisen im Bestreben des Kapitals, freie Ressourcen aus verschiedenen Quellen
(Frauen, Umwelt, ärmere Länder) zu extrahieren und sie in den Prozess der Akkumulation einzubringen, der auf lange Sicht nicht nachhaltig ist und

Krisen
in jeder dieser parallelen sozialen Sphären verursacht.

MarxistInnen würden zustimmen, dass die Tendenz zur Krise in
die Natur des kapitalistischen Systems selbst eingebettet ist und die Überausbeutung „freier“ Arbeit und Ressourcen ein Merkmal des Kapitalismus ist.
Aber die Marx’sche Theorie hat eine viel spezifischere Definition von Krise. Sie
behauptet, dass die Quelle der Krise der innere Widerspruch des Kapitals selbst
ist, definiert durch die Ausbeutung der lebendigen Arbeit. In ihrer ständigen Suche nach Mehrwert werden die KapitalistInnen dazu getrieben, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, indem sie das Niveau der in der Produktion eingesetzten Technologie erhöhen.

Dabei sinkt der Anteil des Kapitals, der in die
Arbeitskosten fließt, im Vergleich zu dem, der in Maschinen und Rohstoffe eingeht.
Da es aber nur ArbeiterInnen aus Fleisch
und Blut sind, die einen Mehrwert schaffen, bedeutet dies im Laufe der Zeit einen Rückgang der Rentabilität des Kapitals – die Profitrate sinkt tendenziell.
Wenn die Profitrate sinkt, kann das Kapital kein ausreichendes Rentabilitätsniveau aufrechterhalten, und eine Krise bricht aus. Die Symptome
dieser Wirtschaftskrise – Kapitalabzug, Zins- und Preiserhöhungen – sind das Ergebnis des verzweifelten Versuchs des Kapitals, seine Rentabilität aufrechtzuerhalten, was für die ArbeiterInnen verheerende Auswirkungen in Form
von Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandards mit sich bringt und in soziale und politische Unruhen übergreift.

Für MarxistInnen ist das, was der „Feminismus für die 99 %“
als „Krise der sozialen Reproduktion“ beschreibt – wenn „eine Gesellschaft der

gesellschaftlichen Reproduktion die öffentliche Unterstützung“ entzieht und „zugleich
diejenigen, die das Gros der Reproduktionsarbeit leisten, für anstrengende, aber niedrig bezahlte Arbeit, die zudem noch mit langen Arbeitstagen einhergeht“ (S. 93 f.), rekrutiert – ein untrennbarer Teil der Krise des Kapitals. Das Kapital versucht, sinkende Gewinnraten auszugleichen, indem es
den Mehrwert auf Kosten der ArbeiterInnen zurückgewinnt, sowohl die tatsächlichen Löhne als auch den Soziallohn kürzt (einschließlich kostenloser oder subventionierter Kinderbetreuung, staatlicher Bereitstellung von Sozialleistungen usw.). Dies hat den beschriebenen Effekt, dass die Belastung
durch unbezahlte soziale Reproduktionsarbeit zunimmt und überwiegend auf Frauen
entfällt. Daher sind die Kämpfe gegen die Schließung öffentlicher Dienste, für
die Sozialisierung der Kinderbetreuung usw. kein gesonderter feministischer Imperativ, sondern Teil des Klassenkampfes insgesamt.

Im „Feminismus für die 99 %“ hingegen liegt die
Notwendigkeit eines antikapitalistischen Ansatzes nicht in einer Antwort auf die Gesetze des Kapitalismus begründet, sondern in einer allgemeinen sozialen
Krise, die sich aus einer Vielzahl von Krisen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zusammensetzt und sich zu einer „gesamtgesellschaftlichen Krise“ (S.
27) summiert. Obwohl sie argumentieren, dass FeministInnen in jeder dieser Arenen kämpfen müssen und es für alle diese Kämpfe wesentlich ist, sich miteinander zu verbinden, sehen sie jede dieser Auseinandersetzungen in einer
eigenen und separaten Sphäre stattfinden. Als Feministinnen sind sie am meisten
damit beschäftigt, in der Krise der sozialen Reproduktion eine Führungsrolle zu
übernehmen und die Führung von Kämpfen in parallelen Bereichen wie

Antirassismus oder Umweltschutz anderen zu überlassen.

Aber wenn jeder Kampf in einer separaten Sphäre stattfinden kann, um eine bestimmte Krise zu lösen, dann ist jeder soziale Kampf gleichermaßen wichtig für die „Überwindung“ des Kapitalismus, und der Erfolg der „sozialen Transformation“ erfordert nur eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Bewegungen, nicht aber eine bewusste Strategie zur Entmachtung der herrschenden Klasse. Die Frage, was die Bewegungen wirklich tun müssen, um zu einer „nichtkapitalistischen Gesellschaft“ zu gelangen, wird weiter dadurch verdunkelt, dass die Broschüre den Kapitalismus nie wirklich definiert. Obwohl die Arbeitswerttheorie zusammengefasst wird, erscheint der Kapitalismus im gesamten Buch vor allem unter dem Deckmantel seiner Symptome, einer Ansammlung schrecklicher sozialer Folgen, gegen die verschiedene Bewegungen sich aufzustellen ermutigt werden.

Wo in der Broschüre vom Kapitalismus als System gesprochen wird, tritt er als eines in Erscheinung, das aus miteinander verbundenen, konstitutiven Teilen besteht, und nicht als eines, das als ein einziges nach den Gesetzen der kapitalistischen politischen Ökonomie funktioniert. Wenn sie ihre Erklärung dafür, warum sich der Kapitalismus in einer so tiefen Krise befindet, ausarbeiten, beziehen sie sich manchmal auf den Neoliberalismus, das Finanzkapital oder den Imperialismus. Aber diese Begriffe werden nicht klar definiert oder mit politischem Inhalt versehen – Neoliberalismus wird nur als eine „besonders räuberische Form des Kapitalismus“ (S. 27) und Imperialismus als wirtschaftlich ausbeuterische Beziehungen zwischen Ländern definiert, die durch Rassismus bedingt sind.

Dies zeigt, dass – trotz der ständigen Betonung ihrer „antikapitalistischen“ Ausrichtung – der Ausgangspunkt der Autorinnen eine Ablehnung des historischen Materialismus und der Kapitalkritik von Marx ist. Da diese Konzepte am Ende den revolutionären Charakter und die Aufgaben des Subjekts in Gestalt der ArbeiterInnenklasse innerhalb des Kapitalismus umreißen, folgt daraus natürlich, dass die Autorinnen die ArbeiterInnenklasse als geschichtliche Trägerin des gesellschaftlichen Wandels ablehnen. Keine Passage fasst dies besser zusammen, als die, wo die Autorinnen, nachdem sie anerkannt haben, dass ihr Manifest auf den Schultern von Marx und Engels steht, ihre Anerkennung sofort einschränken: „Da wir uns heute einer gespalteneren und heterogeneren politischen Landschaft gegenüber sehen, ist es für uns nicht so einfach, uns eine weltweit geeinte revolutionäre Kraft vorzustellen.“ (S. 78)

Populismus

Nachdem er so die Zentralität der Klasse im Kampf gegen den Kapitalismus beseitigt hat, ersetzt „Feminismus für die 99 %“ diese durch „einen Universalismus, der seine Form und seinen Inhalt aus der Vielzahl der Kämpfe von unten erhält“. Konkret wird dies durch eine aggregierte Masse von sozialen Bewegungen verkörpert, die die „99 %“ repräsentieren. Die Autorinnen skizzieren die Konturen ihrer Allianz, indem sie sagen „Wir lehnen nicht nur den reaktionären Populismus ab, sondern auch den fortschrittlichen Neoliberalismus. Tatsächlich beabsichtigen wir unsere Bewegung genau dadurch aufzubauen, dass wir das Bündnis mit diesen beiden aufkündigen“. (S. 72) Die Schreiberinnen berufen sich auf einen progressiven oder „antikapitalistischen“

Populismus, die politische Ideologie der Mittelschichten.

Ihr erklärtes Ziel ist es, die Frauenstreiks zu verstärken
und Sympathie und Unterstützung zwischen der Frauenbewegung und anderen
sozialen Kämpfen aufzubauen, um „sich jeder Bewegung anzuschließen, die für die
99 % kämpft“. Da die Autorinnen ihre antikapitalistische Strategie als ein Bündnis von sozialen Bewegungen definiert haben, die in verschiedenen Bereichen
kämpfen, steht es ihnen frei, die Tugenden der verschiedenen Bewegungen nacheinander zu preisen, wobei sie der Frage ausweichen, wie sich die Bewegungen zueinander verhalten sollen, und sich stattdessen auf die Aufgaben
von FeministInnen im Kampf um die soziale Reproduktion konzentrieren.

In der gesamten Broschüre gibt es eine Spannung zwischen dem Wunsch der Schreiberinnen, FeministInnen als FührerInnen dieser antikapitalistischen Allianz zu positionieren, und ihrer Neigung zu einem diffusen Horizontalismus. Manchmal wird die Frage „Werden dann Feministinnen an
vorderster Front beteiligt sein?“ (S. 31) als entscheidend für den Erfolg ihres antikapitalistischen Aufstandes gestellt. Doch im gesamten Buch bleibt die Frage unbeantwortet, wer die kollektiven Aufgaben ihres so genannten „antikapitalistischen
Aufstands“ festlegen oder leiten wird, und es gibt keine Diskussion über die Organisationsformen, die notwendig sind, um ein Bündnis so unterschiedlicher
Bewegungen aufrechtzuerhalten. Das Zusammentreffen der Vielzahl von Bewegungen
wird als eine spontane Annäherung von Subjekten vorgestellt: „Nur durch bewusste Bemühungen, Solidarität aufzubauen, durch den Kampf in und durch
unsere Vielfalt, können wir die kombinierte Kraft erreichen, die wir brauchen,

um die Gesellschaft zu transformieren“.

Obwohl wir mit „Feminismus für die 99 %“ darin übereinstimmen, dass es wichtig ist, Solidarität zwischen den verschiedenen Bewegungen aufzubauen, ist unser Endziel nicht nur, die Vielfalt zu feiern und voneinander zu lernen, sondern unsere Unterschiede zu überwinden und die große Vielfalt spontaner und themenspezifischer Bewegungen zu einer einzigen, facettenreichen Bewegung zu vereinen, die sich ihres gemeinsamen Ziels bewusst wird. Das Ziel muss der Sturz des Kapitalismus sein, der notwendig sein wird, um eine dauerhafte Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu erreichen, einschließlich derer, die auf der Grundlage von Geschlecht, Gender und Sexualität unterdrückt werden. Es ist gerade die politische Führung, die durch die Zusammenführung der verschiedenen Elemente unter einem gemeinsamen Programm die politischen Ziele der verschiedenen Bewegungen erhöhen und sie auf den Sozialismus ausrichten kann.

Hier ist die Frage der Handlungsfähigkeit von größter Bedeutung. Welche Gruppe kann sich vereinen und eine globale antikapitalistische Bewegung anführen? Die Antwort, die der Marxismus gibt, ist die ArbeiterInnenklasse – sowohl Frauen als auch Männer, die aus allen Nationalitäten und Rassen stammen. Ihr revolutionäres Potenzial ergibt sich aus ihrer Rolle in der Produktion, durch die die Klasse die kollektiven Fähigkeiten und das Ethos erwirbt, um sich gegen ihre AusbeuterInnen zu vereinigen. Der

familiäre Rahmen spaltet und atomisiert, anstatt die Klasse zu vereinen, wenn er
vom Arbeitsplatz und der Gemeinschaft der ArbeiterInnenklasse getrennt ist.

Aber die Notwendigkeit unbezahlter und bezahlter Arbeit für
die KapitalistInnen gibt den ArbeiterInnen und ihren Familien – als Klasse und
nicht nur als Belegschaft – die Macht, sich zu wehren. Die ArbeiterInnenklasse
hat gezeigt, dass sie wie keine andere Klasse ihre eigenen Organisationen
aufbauen kann, und sie ist die einzige soziale Gruppierung, die eine
sozialistische Revolution erfolgreich geführt hat. Kein heterogenes „Volk“,
keine „Bewegung von Bewegungen“, die von Klassenunterschieden und Antagonismen
zerrissen ist, kann diese ersetzen und die Agentur eines wirklich
antikapitalistischen Projekts sein.

Indem sie die ArbeiterInnenklasse als universelles Subjekt
innerhalb des Klassenkampfes ablehnen, weisen die Autorinnen das Ziel des
Sozialismus zurück, d. h. die Übernahme der Staatsmacht durch die
ArbeiterInnenklasse und die demokratische Planung der Wirtschaft. Da sie sowohl
den bürgerlichen Feminismus als auch den Marxismus ablehnen, ist ihre Ideologie
letztlich eine solche des kleinbürgerlichen Feminismus, der Klasse nur als eine
von vielen Identitäten mit überlappenden und konkurrierenden Interessen sieht
und daher unfähig ist, eine Einheit im Kampf zu schmieden. Ihr Machtanspruch
kann nur ein allgemeiner „antisystemischer“ Linkspopulismus sein, in dem den 99 %
– d. h. allen Bevölkerungsklassen, die durch die sozialen Bewegungen
vertreten werden mit Ausnahme der MilliardärInnen – die zentrale Rolle
zugeschrieben wird, aber notwendigerweise ohne ein gemeinsames Ziel,

geschweige
denn eine Strategie zur Erreichung dessen. Und genau hier, in der Frage der Taktik und Strategie, zeigt sich die eklatanteste Schwäche des Buches.

Frauenstreiks

„Feminismus für die 99 %“ stellt die Frauenstreiks als
eine wesentliche Taktik für den Aufbau einer „neuen, nichtkapitalistischen Gesellschaftsform“ dar und argumentiert, dass sie die Vorstellung der Menschen
von Streiks auf der ganzen Welt neu beleben können. In Übereinstimmung mit der
eklektischen Methode der Autorinnen bleibt im Buch unklar, ob die Frauenstreiks
als eine Protestbewegung aufgebaut werden sollten, um den halbautonomen Kampf
für Reformen im Bereich der sozialen Reproduktion voranzutreiben, oder ob sie
ein bewusster Versuch sind, den Kapitalismus zu schwächen.

Für MarxistInnen hat ein Streik eine spezifische Funktion
als direkte Konfrontation zwischen ArbeiterInnen und Kapital. Durch den Streik
berauben die ArbeiterInnen die Bosse ihrer Profite und versuchen durch die Androhung weiterer Störungen einige Zugeständnisse seitens der KapitalistInnen
zu erreichen. Wenn ein Streik zu einer Massenstreikbewegung verallgemeinert
wird, stellt sich die Frage, wer in der Gesellschaft die Macht. Unter den richtigen Bedingungen und unter der richtigen Führung kann sie der Auslöser für
einen revolutionären Aufstand sein. Streiks am Arbeitsplatz haben diese störende Wirkung, weil der Rückzug der produktiven Arbeit die Produktion von
Mehrwert behindert, der das Wesen des Kapitalkreislaufs ausmacht.

Unbezahlte
Arbeit im Haushalt bringt per Definition keinen Profit, daher ist ihre Niederlegung kein direkter Schlag gegen das Kapital.

„Feminismus für die 99 %“ scheint diese Prämisse zu akzeptieren, wenn es sagt, dass die Rolle der Frauenstreiks darin besteht, „die unverzichtbare Rolle“ sichtbar zu machen, „die geschlechtsspezifische, unbezahlte Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften spielt“ (S. 17). In Wirklichkeit werden die Frauenstreiks als eine Protestbewegung dargestellt und nicht als ein bewusster Versuch, Kapazitäten zur Störung der kapitalistischen Wirtschaft aufzubauen. Aber da „Feminismus für die 99 %“ keine Vorstellung von den Gesetzen und Grenzen des Kapitals hat, sondern nur „ehrgeizige Projekte der sozialen Transformation“, behauptet es, dass ein solcher Protest immer noch ein transformativer Akt sein kann, „vor allem durch eine Erweiterung der Vorstellung dessen, was überhaupt als Arbeit zählt“. (ebd.)

Obwohl der Marxismus beschuldigt wird, eine künstliche Aufteilung der Bewegung in den wirtschaftlichen und sozialen Kampf als getrennte Sphären aufrechtzuerhalten, begeht „Feminismus für die 99 %“ in Wirklichkeit den gleichen Fehler in umgekehrter Richtung, indem es versucht, den sozialen reproduktiven Kämpfen Vorrang einzuräumen. Die Autorinnen übertreiben zwar die Fähigkeit des Entzugs von sozialer reproduktiver Arbeit, den Kapitalismus zu stören, untergraben aber gleichzeitig das tatsächliche politische Potenzial der Frauenstreiks, indem sie ihre Funktion künstlich auf die einer Protestbewegung zur Hebung des feministischen Bewusstseins beschränken. Selbst die grundlegendsten politischen Forderungen, die auf eine Verbesserung der materiellen Position der Frauen in der Gesellschaft abzielen

wie allgemeine kostenlose Kinderbetreuung und gleiche Bezahlung, fehlen auffallend außer in ihrer negativen Form, als Beispiele für Dinge, die der Gesellschaft derzeit fehlen.

Tatsächlich kann die Nutzung der Rolle der Frauen in der kapitalistischen Wirtschaft als *Lohnarbeiterinnen* zur Organisation von Frauenstreiks die Grundlage einer Strategie zur Ausweitung der Bewegung sein, die eine größere Zahl von ArbeiterInnen – einschließlich Männern – in die Streiks hineinzieht. Einige der erfolgreichsten Frauenstreiks haben in Ländern stattgefunden, in denen sie von großen Gewerkschaften unterstützt wurden wie in Spanien und der Schweiz. Die Frauen hörten nicht nur mit der Hausarbeit auf, sondern verließen ihre Arbeit auf der Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Forderungen: gleiche Bezahlung, soziale Absicherung der Kinderbetreuung, Beendigung der Schikanen am Arbeitsplatz und der häuslichen Gewalt.

Die Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen Forderungen verleiht der Bewegung einen politischen Charakter und stellt Frauen an die Spitze eines Kampfes, der die Frage aufwirft, welches Sozialsystem all diese Forderungen gleichzeitig erfüllen und die Errungenschaften dauerhaft machen könnte. Wenn sich die Streiks am Arbeitsplatz ausbreiten, wird die Unterstützung von arbeitslosen Frauen, die zu Hause arbeiten, die Umwandlung der Bewegung in einen allgemeinen politischen Konflikt beschleunigen.

Wenn eine solche Bewegung erfolgreich wäre, würde sie zweifellos auf den Widerstand des bürgerlichen Staates stoßen. Dieser Punkt wäre ein entscheidender. Die Bewegung müsste sich entweder auf die Machtübernahme oder auf eine Niederlage vorbereiten. Auch über das Wesen des

Staates schweigt „Feminismus für die 99 %“. Das Beste, was man daraus schließen kann, ist, dass der Staat irgendwie obsolet wird, wenn verschiedene soziale Bewegungen eine bestimmte Schwelle des Radikalismus und der Zusammenarbeit überschreiten.

Schlussfolgerungen

„Feminismus für die 99 %“ beginnt mit der Behauptung: „Die Organisatorinnen des huelga feminista [Frauenstreiks] bestehen darauf, dem Kapitalismus ein Ende zu setzen“ (S. 10). Doch trotz ihrer Rhetorik ist der Antikapitalismus der Autorinnen eher ein utopischer Anspruch als eine revolutionäre Strategie.

Wie soll der Kapitalismus beendet werden? Kein Streik – weder ein Streik, der die Produktion stoppt, noch einer, der in erster Linie eine Massendemonstration ist – kann dies allein erreichen. Massendemonstrationen von Frauen als Hausfrauen wie auch als Lohnarbeiterinnen sind als Beweis unserer potenziellen Macht von unschätzbarem Wert. Aber wenn diese wirklich auf der Beendigung des Kapitalismus „bestehen“ sollen, müssen sie sich zunächst in politische Streiks verwandeln, die bewusst eine Regierung und den Staat zur Kapitulation zwingen wollen und dann in einen Aufstand, eine Revolution.

Wenn der Streik wirklich ein wesentliches Element der Vorbereitung und ein potenzieller Katalysator für eine antikapitalistische Revolution ist – und tatsächlich ist er das –, dann muss die ArbeiterInnenklasse die zentrale oder führende Kraft darin sein. Sicherlich wird sie Verbündete aus anderen unterdrückten und ausgebeuteten Klassen brauchen, aber die ArbeiterInnenklasse muss die hegemoniale Klasse sein,

weil
der Kapitalismus historisch gesehen nicht ohne sie auskommt, während die ArbeiterInnenklasse auf den Kapitalismus verzichten kann.

Nur die ArbeiterInnenklasse kann die Massenproduktion und -verteilung und damit auch die Reproduktion sozialisieren, die Frauen von der Hausarbeit im individuellen Familienhaushalt befreien und die jahrhundertealte Unterdrückung der Frauen beenden. Seit den Tagen von Marx und Engels haben die RevolutionärInnen erkannt, dass diese Ziele untrennbar miteinander verbunden sind:

> *„Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche“.*[3]

Demzufolge müssen die revolutionären Ziele von Anfang an
anerkannt und hervorgehoben werden und dürfen nicht hinter verwirrender populistischer Rhetorik oder in der Rede von Bündnissen unterdrückter Schichten
oder „Identitäten“ versteckt werden, von denen jede über ihre eigenen, nicht miteinander verbundenen Ideologien, Tagesordnungen und bereits bestehende
Führungen und Organisationen verfügt. Für antikapitalistische Frauen muss der
Ausgangspunkt die proletarische Frauenbewegung sein, an der Frauen sowohl als
Produktionsarbeiterinnen wie auch als Dienstleisterinnen im Haushalt teilnehmen. Als die Hauptorganisatorinnen im Bereich des Konsums, der Kinderbetreuung und der Bildung spüren Frauen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise am unmittelbarsten. Es ist kein Zufall, dass sich in jedem großen Klassenkampf, der die engen Grenzen eines Tarifstreits überschreitet, Frauen organisiert haben.

Der Zweck der proletarischen, im Gegensatz zu einer kleinbürgerlichen Frauenbewegung, liegt darin, Frauen in den Kampf für den Sturz des Kapitalismus zu ziehen, basierend auf einer Strategie für die revolutionäre Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse. Ihre Aufgabe ist es, politische Forderungen zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung zu formulieren, die in jedem gesellschaftlichen Kampf auftauchen, der nach dem Prinzip handelt: kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung, keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus!

Endnoten:

[1] Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, Berlin/O. 1974, S. 210

[2] Lenin, W. I.: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, LW 5, Berlin/O. 1955, S. 413

[3] Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, Berlin/O. 1975, S. 77

Islamische Bekleidung: Sexismus und Islamfeindlichkeit

in den imperialistischen Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder
Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen,
deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und
umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den
Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab
oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika
hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden
Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren
Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt
selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt
waren, radikalisiert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten Opfer, wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

Verbot der islamischen Kleidung

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen. Umfragen ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten, was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs. Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt, so dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

Die „feministische“ Verteidigung

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen

Leben
abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die
Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für
Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar… Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollschleiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische
Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder
angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen, diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und
Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen
die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu entwickeln
und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer Familien
und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote
gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole für ein „Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassischer oder religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos sind und nach Arbeit suchen.

Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen. Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.
Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden , die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft „entfremden".
Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen

Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der
Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung
zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet,
und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand gegen imperialistische
Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

Politisch streiken – aber wie?

Michael Märzen, Arbeiter*innenstandpunkt Österreich, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten zwei Jahren haben millionenstarke
Frauenstreiks ein großes Potential für den Kampf um Frauenbefreiung aufgezeigt.
Die Arbeitsniederlegungen im produktiven und reproduktiven Bereich richten den
politischen Fokus auf die Ungleichheit der geschlechtlichen Arbeitsteilung, welche die materiellen Grundlage für sexistische Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellt. Gleichzeitig kann der ökonomische Stillstand, der

bei
einem Streik angerichtet wird, den nötigen Druck erzeugen, damit die frauenpolitischen Forderungen auch ernst genommen und letztlich durchgesetzt
werden. Doch die internationale Frauenbewegung hat diese proletarische Strategie noch nicht bewusst angenommen und verallgemeinert. Dazu braucht es
nicht nur positive Bezugspunkte wie die Mobilisierungen in Spanien oder der Schweiz, sondern Organisation, Know-how und einen Kampf gegen andere, falsche
Strategien.

Bündnispolitik

Ein Streik ist im Normalfall kein spontanes Ereignis. Obwohl
der Unmut über Missstände schon hoch sein mag, braucht es Strukturen, die ihn
organisieren. Jene Kräfte, die bereit sind, einen Frauenstreik zu organisieren, müssen gesammelt werden. In der Regel sind das schon bestehende Organisationen
der radikalen Linken oder der Frauenbewegung, aber auch eine Hand voll Einzelpersonen
kann ein Komitee für die Organisierung des Streiks gründen und den Stein ins
Rollen bringen. Kanäle wie soziale Medien müssen genutzt werden, um die Organisation auf eine kräftigere Grundlage zu stellen. Für die Mobilisierung braucht es klare und radikale Forderungen wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung,
die demokratisch bestimmt werden sollten und für die die beteiligten Kräfte frei nach innen und außen werben können. Dabei muss auch sehr gut abgewogen
werden, welche in den Vordergrund gestellt und wie sie formuliert werden können, damit sie die bestmögliche Wirkung auf das politische Bewusstsein der
Zielgruppen haben werden.

Basisorganisierung

Zentral ist es lohnabhängige, aber auch erwerbslose Frauen und Männer für den Streik zu gewinnen. Dazu eignet sich der Aufbau von Aktionskomitees auf regionaler sowie betrieblicher Ebene bzw. in der Ausbildungsstätte. In diesen Komitees organisieren sich Aktivist*innen, um gemeinsame Aktivitäten für die Mobilisierung zu planen. Darüber hinaus sollten eigene Forderungen diskutiert und in die Bewegung getragen werden. Sie müssen als politische im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse formuliert werden, die also nicht auf einzelne Branchen beschränkt bleiben. Als Ausgangspunkt zum politischen Ziel der Aufhebung der geschlechtlichen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Sozialisierung der Haus- und Sorgearbeit kann z. B. die nach einer gesetzlichen Mindeststellenbesetzung in der Pflege dienen, wie in Deutschland aufgestellt. Die überregionale Vernetzung mittels wähl- und abwählbarer Delegierter ermöglicht den Aufbau von demokratischer Kontrolle über die Bewegung selbst und in weiterer Folge von Gegenmacht gegenüber den bürokratischen staatlichen Institutionen, über welche die herrschende Klasse ihre Interessen sichert. Das ist auch kein Widerspruch zu einer Bündnispolitik von politischen Organisationen. Aktionskomitees können solche Bündnisse ergänzen oder im besten Fall der Ausdruck einer demokratisch organisierten Bewegung sein.

Rolle der Gewerkschaften

Ein wesentlicher Erfolg von bisherigen Frauenstreiks war die Unterstützung durch Gewerkschaften in der Schweiz und in Spanien. Wenn

diese
Organisationen, die oft einen großen Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung organisieren, für kämpferische Massenaktionen gewonnen werden können und die
Mobilisierungen dafür ernst nehmen, dann hat das eine sehr große Wirkung. Viele
Gewerkschaften haben auch frauenpolitische Abteilungen, die natürlich eine Anlaufstelle für die Mobilisierung sein können und wo sich womöglich auch schneller Unterstützer*innen finden lassen. Das Problem ist aber, dass die großen, reformistischen Gewerkschaften von einer konservativen Bürokratie geführt werden, die radikale Aktionen und die Einbeziehung der Massen mehr
fürchten als fördern. Dies gilt für alle Gewerkschaften, die nicht von einer revolutionären Arbeiter*innenpartei geführt werden. Die reformistischen Parteien, die oft über großen Einfluss in den Gewerkschaften verfügen, haben
längst ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht und verteidigen es
letzten Endes gegen einen Ansturm durch die Lohnabhängigen. Dies gilt auch für
reine Gewerkschaftspolitik, die sich nicht den Sturz des Kapitalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Wir können uns also weder auf sie verlassen noch auf
den Erfolg vehementer Aufforderungen hoffen, sondern müssen mit Basisorganisationen ein Gegengewicht zur abgehobenen Stellvertretungspolitik
schaffen. Diesen Zweck können die schon angesprochenen Aktionskomitees zum Teil
erfüllen, sie müssen sich dafür aber bewusst auch auf die Gewerkschaften ausrichten. Letztlich muss eine antibürokratische Gewerkschaftsopposition aber
eigenständige Strukturen aufbauen, denn der Kampf gegen die reformistische
Bürokratie ist allgemeiner als der für eine bestimmte politische Mobilisierung.

Proletarische Strategie

Wenn alle für einen starken Frauenstreik eintreten und eine proletarische Frauenbewegung aufbauen wollen würden, dann müssten wir die Frage nach der Umsetzung eines Streiks gar nicht so genau diskutieren. Aber so ist es leider nicht. Gerade auch im Feminismus gibt es bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die ganz andere Strategien als Sozialist*innen verfolgen und die die Organisierung und Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse für die politischen Anliegen der Frauen sogar ablehnen. Oft beschränken sich diese Kräfte auf Forderungen wie Quoten in politischen Ämtern oder in Unternehmen, den ideologischen Kampf gegen Alltagssexismus oder eine gendergerechte Sprache, die dann von sozialliberalen Parteien umgesetzt werden sollen. Eine solche Politik hemmt natürlich die eigenständige Aktion der Ausgebeuteten und Unterdrückten und muss daher natürlich auch bekämpft werden. So wurde z. B. in den verschiedenen feministischen Bündnissen für den letztjährigen Frauenstreik in Deutschland zwar eine Liste unterstützenswerter Forderungen aufgestellt, aber über die Frage, wie ein Streik der gesamten Klasse gegen die Paragraphen zustande kommen kann, der auch den Namen verdient, kaum diskutiert. Debatten um Einbezug der Gewerkschaften und der Männer waren also von untergeordneter Bedeutung.

Es geht also nicht nur um einzelne Forderungen, sondern um eine zusammenhängende proletarische Strategie, die ihren klarsten Ausdruck in einem kommunistischen Übergangsprogramm findet. Darin stellt sich der Kampf für Frauenbefreiung und gegen Sexismus als integraler Teil des allgemeinen

Klassenkampfs der gesamten Arbeiter*innenklasse dar, unabhängig von Geschlecht,
Identität oder Herkunft. Deswegen halten wir es zum Beispiel auch für einen Fehler, wenn von feministischen Organisationen bei frauenpolitischen Aktionen
der Ausschluss von Männern gefordert wird. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung
und die ganze sexistische Ideologie geht unsere männlichen Genossen genau so
etwas an. Aber unsere Genossinnen sollten ganz klar im Vordergrund eines Frauenstreiks stehen.

Ein Blick in die Vergangenheit – Frauenkämpfe 2019

Nahid, Revolution Österreich, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Der internationale Frauenstreik zog zuerst im Jahr
2018 Aufmerksamkeit auf sich, als sich in Spanien mehr als 5,3 Millionen Menschen daran beteiligten unter dem Motto: „Wenn die Frauen streiken, dann
steht die Welt still“. Seit 2017 ist der Internationale Frauentag zu einem bedeutenden Tag weltweiter Mobilisierungen geworden, der Hunderttausende auf
die Straßen bringt, um gegen Frauenunterdrückung und die Auswüchse des kapitalistischen Systems zu protestieren.

Frauenbewegungen in verschiedenen Ländern
nehmen verschiedene Formen in Reaktion auf besondere politische Zustände an. In

den USA richtet sich der jährliche stattfindende Women's March insbesondere gegen die frauenfeindliche und nationalistische Politik von Donald Trump. Die Kampagne für ein Referendum gegen das Abtreibungsgesetz in der Republik Irland mündete in einer teilweisen Entkriminalisierung des Gesetzes und mobilisierte auch zahlreiche Frauen. In Indien protestierten muslimische Frauen gegen den antimuslimischen Rassismus der Modi-Regierung und begannen so auch mit dem Aufbau einer Frauenbewegung.

Der letztjährige Internationale Frauentag in der Schweiz erlebte die größte nationale Mobilisierung mit über einer halben Million Menschen, die sich beteiligten (in einem Land mit weniger als 9 Millionen EinwohnerInnen). Die größte Demonstration fand in Zürich mit 160.000 Menschen statt. Der Schweizer Frauenstreik wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) ausgerufen, aber auch in den ländlicheren, gewerkschaftlich schlechter organisierten Teilen des Landes, war die Beteiligung gut wie v. a. unter Bäuerinnen.

Die Forderungen trugen den Titel „Lohn. Zeit. Respekt." und richteten den Fokus auf Gleichberechtigung der Geschlechter am Arbeitsplatz mit Betonung auf der doppelten Bürde für Lohnarbeiterinnen, die überdurchschnittlich für unbezahlte Care-Arbeit verantwortlich sind. Die Streiks kombinierten politische mit wirtschaftlichen Forderungen, verlangten ein Ende mit Sexismus, sexueller Belästigung und Lohnungleichheit (z. Zt. durchschnittlich 19,6 %).

Die Frauenstreikbewegung war besonders in

Lateinamerika erfolgreich mit Beteiligung von hunderttausenden Frauen. Gewalt an Frauen und Femizide sind in Lateinamerika ein großes gesellschaftliches Problem. Laut UN befinden sich dort 14 der 24 Staaten mit der höchsten Mordrate an Frauen. Die ursprünglich in Argentinien begründete Bewegung „Ni Una Menos“ (Nicht Eine Weniger) feierte 2019 ihren fünften Jahrestag. Längst hat sie Landesgrenzen überwunden und mobilisiert weiterhin Frauen in ganz Lateinamerika zu Streiks und Aktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Auch abseits von Bewegungen auf der Straße wird kreativ und mit Erfolg versucht, auf die katastrophale Situation von Frauen aufmerksam zu machen. Z. B. führte die Performance „Der Vergewaltiger bist du“, die von der chilenischen Gruppe „Las Tesis” entwickelt wurde, zu einer internationalen Bewegung. Mit Tanz und Sprache stellt sich das Prokekt gegen Vergewaltigung, Mord, Missbrauch und Täter-Opfer-Umkehr. Die Choreografie kritisierte auch die repressive Politik der Regierung von Präsident Sebastián Piñera und warf ein Schlaglicht auf die Auswirkungen staatlicher Gewalt und Kontrolle gegen Frauen. Nachdem das Video dieser Performance viral gegangen war, führten KampagnenaktivistInnen sie weltweit erneut auf, darunter in London, Paris, Mexiko-Stadt, Berlin, Wien und sogar in Istanbul.

Das Jahr 2019 erlebte Frauen, die sich gegen die herrschenden Zustände von Unterdrückung und Gewalt auf der ganzen Welt auflehnen.
Im Jahr 2020 drohen eine lauernde Rezession und sich verschärfende nationale Polarisierung, weitere politische und ökonomische Angriffe auf Frauen mit

sich
zu führen. Frauenbewegungen werden sicherlich gute Chancen auf Wachstum haben.

Feminismus in Pakistan

Minerwa Tahir, Women's Democratic Front Lahore, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten Jahren ist der Aurat-Marsch zu einem der sichtbarsten Ausdrücke der Frauenbewegung in Pakistan geworden. „Aurat" bedeutet Frau in der Urdusprache. Seit 2018 ist in den großen Städten Pakistans das Phänomen des Aurat-Marsches zu beobachten – Frauen, geschlechtsspezifische Minderheiten, Männer und Kinder gehen auf die Straße und marschieren am Internationalen Tag der arbeitenden Frauen am 8. März.

Wer beteiligt sich?

In zwei großen städtischen Zentren – Karatschi und Lahore – wurde der Aurat-Marsch von einem Bündnis hauptsächlich radikal-feministischer und liberal-feministischer Kräfte organisiert, darunter führende Persönlichkeiten von NGOs, die sich bereit erklärten, die Fahnen ihrer NGOs hinter sich zu lassen und sich unter dem einen Banner des Aurat-Marsches zu vereinen. Eine Organisatorin aus Karatschi sagte: *„Bei den Themen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind, geht es um Gleichberechtigung im öffentlichen Raum, das Recht auf Arbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz und vor allem um die Unterstützung durch eine Infrastruktur, während die vorherige Generation für politische Rechte kämpfte"* (Chughtai, 2019). In anderen Teilen wie Hyderabad und Islamabad organisierte die Demokratische Frauenfront (1), eine sozialistisch-feministische Organisation, die arbeitende Frauen aus

städtischen und ländlichen Gebieten organisiert, den Aurat-Azadi-Marsch (2).

Einige der Forderungen dieses Marsches waren ein Ende der Gewalt gegen Frauen; eine Gesetzgebung, die die Rechte von Frauen und Transgender-Personen schützt; ein Mindestlohn und andere rechtliche Schutzmaßnahmen für den informellen Sektor; ein Ende der Privatisierung von und größere Investitionen in Gesundheit und Bildung, insbesondere für Frauen; Frauenwohnheime und Kindertagesstätten für die Kinder von arbeitenden Frauen; der Bau von Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen und ein Ende der Kampagne gegen informelle Siedlungen; ein Ende der militärischen Operationen; die Rückkehr der vermissten Personen und eine politische Lösung des Belutschistan-Problems (Today, 2019). Auch ArbeiterInnenorganisationen und -verbände wie die Vereinigung weiblicher Arbeitskräfte im Gesundheitswesen (Chughtai, 2019) und die pakistanische Gewerkschaftsschutzkampagne (Today, 2019) unterstützten den Marsch und nahmen daran teil. Mit Ausnahme von Hyderabad war der Klassencharakter der Frauenmärsche in den großen städtischen Zentren Pakistans weitgehend mittelständisch. Während ein Teil der Gründe für das Fehlen von Führung der ArbeiterInnenklasse in der Frauenbewegung mit dem Versagen der Linken und dem Aufstieg der Rechten sowie alternativen antimarxistischen Diskursen zu tun hat, liegt ein weiterer wichtiger Grund dafür, dass so viele Frauen aus der Mittelschicht sich für die Teilnahme an diesen Märschen entschieden haben, darin, dass der Status der Frauenrechte in Pakistan selbst für Frauen aus Nicht-ArbeiterInnenklassen-Hintergrund erbärmlich ist.

Lage der Frauen

Vergewaltigung, Ehrenmorde, Säureangriffe, Zwangsheiraten, erzwungene Bekehrungen nicht-muslimischer Mädchen zum Islam, Kinderehen, sexueller Missbrauch und Belästigung sowie allgemeine geschlechtsspezifische Diskriminierung sind in der Gesellschaft weit verbreitet (HRW, 2019). Inzwischen gibt es weder nationale Gesetze, die geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Einstellung noch die geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verbieten (Kirton-Darling, 2018). In ähnlicher Weise sind auch die Arbeitsgesetze in Pakistan diskriminierend gegenüber Frauen

(Tribune, 2014). Im Allgemeinen hegt die Gesellschaft eine diskriminierende Einstellung gegenüber Frauen. Der jüngste Fall, in dem die nationale Universität für Wissenschaft und Technologie die Vergewaltigung einer Studentin leugnete, ist ein Zeugnis für diese Haltung (Dawn.com, 2019).

Sexualität

Ein wichtiges Thema, um das sich der Aurat-Marsch dreht, sind Fragen der Sexualität. *„Mein Körper, meine Wahl"* war ein beliebter Slogan. Während man davon ausgehen kann, dass diese Frage in einigen demokratischen Ländern schon lange Teil des öffentlichen Diskurses ist, war und ist sie in Pakistan ein Tabuthema. Wie die gesellschaftliche Haltung sie geprägt hat, bleibt Sexualität eine Angelegenheit, die sich auf die privaten Grenzen des Schlafzimmers beschränkt und über die man, vor allem eine Frau, nicht spricht. Qandeel Baloch (Geburtsname: Fouzia Azeem), ein Star in den Sozialen Medien, die sexy Videos von sich selbst für den öffentlichen Konsum veröffentlichte, wurde schließlich von ihrem Bruder im Namen der „Ehre" getötet. Wie Zoya Rehman schreibt, *„markiert der Aurat-Marsch einen wichtigen Moment in der Entwicklung des feministischen Widerstands im Land, in dem jetzt für eine neue Art von feministischer Praxis gekämpft wird, die in Fragen der sexuellen Autonomie und Handlungsfähigkeit ‚das Schweigen bricht' (John und Nair, 1998)"* (Rehman, 2019). Sexualität, ein Thema, über das aufgrund seines „privaten" Charakters nie in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, wurde durch den Marsch – vor allem im Jahr 2019 – aus der Enge des häuslichen und privaten Lebens herausgebracht und für die Öffentlichkeit offengelegt. Folglich startete der rechte Flügel Angriffe gegen die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen in den Massen- und sozialen Medien. Es wurden Todes- und Vergewaltigungsdrohungen ausgesprochen (Reuters, 2019). Unterdessen griffen reaktionäre Schichten innerhalb der pakistanischen Linken zu einem ähnlichen Ansatz, wobei die Belutschistan-Sektion der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) den Aurat-Marsch ablehnte (Jafri, 2019). In ähnlicher Weise tauchte die Politik der Reaktion innerhalb der feministischen Bewegung in Form der bekannten feministischen Dichterin Kishwar Naheed auf, die die radikalen Botschaften bezüglich der Sexualität kritisierte, die auf

den Plakaten des Aurat-Marsches standen. Sie sagte, dass *„Feministinnen ihre Kultur und Traditionen im Auge behalten sollten, um nicht wie ‚Dschihadis' auf Abwege zu geraten"* (Images, 2019).

Sadia Khatri kritisierte Frauen, die sich gegen die radikalen Plakate aussprachen, und schrieb, dass diese Art von Vorwürfen *„verwirrender, ja sogar verletzend ist, wenn sie von anderen Frauen kommt"* (Khatri, 2019). Ich kann das Gefühl zwar nachempfinden, aber der Vorwurf überrascht mich wirklich nicht. Es ist schließlich die Politik der Menschen, nicht ihr Geschlecht oder andere Identitäten, die ihre Einstellung zu einem gesellschaftlichen Phänomen bestimmt. Auch der Gegenmarsch zum Aurat-Marsch wurde von rechten Frauen angeführt, nicht von Männern.

Die Sexualität während des Frauenmarsches aus der privatisierten Sphäre des Hauses herauszuholen, stellte eine radikale Errungenschaft der Frauenbewegung in Pakistan dar. Die Belutschistan-Sektion der Awami Workers Party lehnte den Aurat-Marsch mit der Begründung ab, dass die auf dem Marsch erhobenen Parolen nichts mit den Frauen der ArbeiterInnenklasse oder ihrem Kampf zu tun hätten. Diese Aussage spiegelt nicht nur eine Abtrennung von der Frauenbewegung wider, sondern zeigt auch, wie isoliert die Sektion der AWP in Belutschistan von den Kämpfen der Arbeiterfrauen in Pakistan ist. Wenn man mit berufstätigen Frauen in der Realität interagiert, erzählen sie uns davon, dass *„nicht jede aus Freude und Entscheidung die vollverschleiernde Burka trägt".*

Natürlich kann es vorkommen, dass Schichten der Klasse, die aufgrund der zusätzlichen Belastung durch die reproduktive Arbeit atomisiert bleiben, der Interaktion und Organisation mit ihrer Klasse beraubt werden und somit den Vorstellungen der Reaktion zum Opfer fallen. Aber mit der sich zunehmend vertiefenden Wirtschaftskrise in Pakistan, insbesondere nach dem IWF-Deal, können es sich Frauen, die mit Männern aus der Arbeiterklasse verheiratet sind, nicht mehr leisten, nur reproduktive Arbeit zu leisten. Sie werden aus dem Haus gedrängt, um Arbeit zu finden, um die ArbeiterInnenfamilie zu ernähren. Während dies schon seit langem der Fall ist, da die Wirtschaft des halbkolonialen Landes weitgehend instabil geblieben ist, haben die Klauseln des IWF zu schlechteren Bedingungen für die arbeitenden Armen geführt

(Arshad, 2019). Selbst wenn es sich bei diesen Jobs um niedere Tätigkeiten handelt, wie z. B. die Arbeit als Haushaltshilfe in Haushalten der Mittelschicht, bieten sie diesen Frauen eine gewisse Möglichkeit, sowohl mit ihrer eigenen Klasse als auch mit dem/r KlassenfeindIn zu interagieren. Es überrascht daher nicht, dass eine Hausangestellte, die eine halbverschleiernde Niqab trägt, bei einem Treffen mit anderen berufstätigen Frauen sagte, dass *„nicht jede die Burka aus Freude und Entscheidung trägt“.*

Diejenigen pakistanischen Linken, die Sexualität und andere Aurat-Marsch-Themen immer noch nicht als wichtige Themen für das Leben arbeitender Frauen sehen, sollten sich einige grundlegende Fragen stellen. Wenn die arbeitende Frau die Freiheit, Zeit und Geld hätte, sich wie Frauen der Mittelschicht zu kleiden, würde sie das nicht tun? Wenn sie die Freiheit, die Zeit und das Geld hätte, würde sie sich nicht romantischen/sexuellen Affären hingeben wollen, wie es Frauen aus privilegierten Schichten in diesem Land tun? Wenn es für sie keine Frage mehr wäre, jeden Tag etwas „Khana“ [Essen] für ihre Familie zu bekommen, wie es für Frauen aus der Mittelschicht der Fall ist, würde sie sich dann nicht auch wünschen, dass ihr männlicher Partner gleichberechtigt an der Zubereitung dieser Mahlzeiten teilnimmt? Diese Fragen machen deutlich, wie arbeitende Frauen durch die wirtschaftlichen Bedingungen gezwungen sind, bestimmte Themen als Hauptanliegen zu behandeln. Dies spiegelt jedoch keineswegs wider, dass arbeitende Frauen nicht an Fragen der sexuellen Befreiung interessiert sind.

Was für eine Bewegung brauchen wir?

Unterdessen ist eine andere Idee, die in bestimmten radikalen Schichten der Frauenbewegung in Pakistan vorherrscht, dass wir eine klassenübergreifende feministische Bewegung brauchen. Die Befürworterinnen dieser Ansicht argumentieren, dass dies ein „inklusiver“ Ansatz sei, da er es Frauen aus allen Klassen ermöglicht, sich zusammenzufinden, um gegen einen gemeinsamen Feind, nämlich das Patriarchat, zu kämpfen und die Gleichberechtigung zu erlangen. Nehmen wir eine der Forderungen, die von radikalen Feministinnen erhoben

wurden. *„Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen“.*

Nehmen wir an, dass diese Forderung nun gewonnen ist. Die Frau aus der ArbeiterInnenklasse wird die formale Gleichheit beim Zugang zu öffentlichen Räumen haben, aber genau wie ihr männlicher Kollege aus der ArbeiterInnenklasse hat sie diese Freiheit als jemand, der immer noch 12 Stunden am Tag arbeitet, dessen Kinder unterernährt sind und denen es an guter Bildung mangelt, der der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt wird und deren Familie an neun von zehn Tagen immer noch hungrig schläft. In der Praxis bedeutet dies eine Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse und der Organisation der unabhängigen Klassenpolitik, die eine wesentliche Schwäche der feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen in der ganzen Welt darstellt.

Außerdem, was bedeutet eine „klassenübergreifende Bewegung“ überhaupt? Dass sie die Interessen aller Klassen vertritt? Würde sie dann auch ein „klassenübergreifendes Programm“ haben? Ob so etwas jemals praktisch durchführbar ist oder nicht, sicher ist, dass eine klassenübergreifende Bewegung kein Programm für die ArbeiterInnenklasse haben wird. Und das liegt daran, dass die Interessen der ArbeiterInnenklasse mit denen anderer Klassen unvereinbar sind. Die ArbeiterInnenklasse verfügt über kein Privateigentum an den Produktionsmitteln. Unabhängig davon, ob diese Klasse sich dessen schon subjektiv bewusst ist oder nicht, liegt ihr objektives Interesse in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und seiner Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum. Dieses Interesse steht offensichtlich im Widerspruch zu dem der Klassen, deren Quelle von Reichtum und sozialem Status das Privateigentum bildet. Wie Clara Zetkin prägnant zusammenfasst:

> *„Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, der Bourgeoisie, der Intelligenz und der oberen Zehntausend. Sie nimmt je nach der Klassensituation jeder dieser Schichten eine andere Form an“*
>
> *(Zetkin, 1896)*

Wie beeinflusst dies die Bewegung?

Wie beeinflusst dies die Bewegungen dann? In der bürgerlichen Gesellschaft ist jede klassenübergreifende Bewegung verpflichtet, die Interessen der ArbeiterInnenklasse (die mit der strategischen Aufhebung der unterdrückenden Arbeitsteilung im Hinblick auf die produktive und reproduktive Arbeit verbunden ist) den begrenzten Zielen der bürgerlichen Feministinnen unterzuordnen. Das bestmögliche Ergebnis einer klassenübergreifenden Bewegung ist, dass die begrenzten Forderungen nach formaler Gleichheit zwischen Männern und Frauen erfüllt werden. Berufstätige Frauen werden formell gleichberechtigt sein wie ihre bürgerlich-feministischen Kolleginnen, aber sie werden es als Frauen sein, die immer noch 12 Stunden am Tag arbeiten und keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Sozialleistungen haben. Sie werden formellen Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben ebenso wie ihre männlichen Partner aus der ArbeiterInnenklasse, die ebenfalls kein Geld oder keine Zeit haben, um diese Bereiche faktisch zu betreten. Diese arbeitenden Frauen werden im Namen einer klassenübergreifenden Bewegung für die individuellen Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Feministinnen kämpfen. Um noch einmal Zetkin zu zitieren: *„Wir dürfen uns nicht von sozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Frauenbewegung täuschen lassen, die nur so lange anhalten, wie sich die bürgerlichen Frauen unterdrückt fühlen“* (Zetkin, 1896).

Was braucht es?

Dieser Ansatz *„klassenübergreifender“* Bewegungen versäumt es, die Wurzel der geschlechtsspezifischen Unterdrückung zu untersuchen. In der heutigen Klassengesellschaft verortet der revolutionäre Marxismus die Ursprünge der geschlechtsspezifischen Unterdrückung in der öffentlich-privaten Kluft, in der der Mann in der öffentlichen „produktiven“ Sphäre arbeitet, während die Frau für die „reproduktive“ Arbeit verantwortlich ist. Diese Kluft ist notwendig, damit der Kapitalismus sich selbst erhalten kann, weshalb unsere Bewegungen antikapitalistischer Natur sein müssen. Um effektiv zu sein, müssen sie auch die Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse überwinden.

Und diese Krise kann solange nicht überwunden werden, bis und wenn die ArbeiterInnenklasse der radikalen Kleinbourgeoisie die Throne streitig macht, an denen sie seit Ewigkeiten festhält.

In einer Zeit, in der Identitätspolitik, Postmoderne und alle Arten von Ideologien, die nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führen, auf der ganzen Welt vorherrschen, gibt es einen Hoffnungsschimmer in bestimmten Schichten der pakistanischen Frauenbewegung. Die Demokratische Frauenfront (DFF), eine unabhängige Organisation, die arbeitende Frauen in städtischen und ländlichen Gebieten Pakistans organisiert, hat einige revolutionäre Forderungen, deren wichtigste die Forderung nach einer Vergesellschaftung der reproduktiven Arbeit ist. Während die derzeitige Führung in den meisten Sektionen aus der mittleren/unteren Mittelschicht stammt, bemüht sich die Organisation darum, arbeitende Frauen in die Führung zu bringen. In Lahore, wo ich die Vorsitzende bin, wurde vor kurzem eine Sektion der DFF gegründet, die hart daran arbeitet, ihre Wurzeln in den ArbeiterInnenvierteln zu stärken, um die Entstehung eines weiblichen Kaders aus diesen Gebieten vorzubereiten.

Wir arbeiten in den Vierteln der Hausangestellten und HeimarbeiterInnen und versuchen, sie zu organisieren. Diese Frauen erzählten uns, wie sich die steigende Inflation auf ihr Leben auswirkt und sie darum kämpfen, ihre Familien zu ernähren. Eine wichtige revolutionäre Forderung in diesem Szenario könnte die Einrichtung von Preiskomitees unter der Leitung von Frauen sein. Es besteht Hoffnung und Potenzial für die Entstehung einer weiblichen Führung der ArbeiterInnenklasse, wenn sich die DFF konsequent einer solchen Aufgabe widmet. Sie ist besonders entscheidend in einer Zeit, in der Kämpfe in verschiedenen frauenzentrierten Sektoren wie dem Gesundheits- und Bildungswesen auftauchen. Lahore, eines der städtischen Zentren Pakistans, birgt das Potenzial der Entstehung einer ArbeiterInnenbewegung. Ebenso birgt es das Potenzial für kleinbürgerlichen Radikalismus, gewerkschaftlichen Opportunismus und Reformismus sowie Zentrismus. Wenn es der DFF ernst damit ist, eine Führung der arbeitenden Frauen in der größeren ArbeiterInnenbewegung zu installieren, wird sie sich darauf vorbereiten müssen, solche Übel zusammen mit dem Kampf gegen

den/die KlassenfeindIn und das Patriarchat zu bekämpfen.

Endnoten:

[1] *Die Demokratische Frauenfront (DFF) wurde ursprünglich von der Awami-ArbeiterInnenpartei (AWP) als ihre „Frauenfront" gegründet. Die AWP ist bei Weitem die mitgliederstärkste linke Partei in Pakistan. Die DFF ist jetzt eine unabhängige Organisation. Die AWP spielt weder eine Rolle noch übt sie Einfluss auf Entscheidungen oder Strukturen der DFF aus. Natürlich sind Doppelmitglieder vertreten, die sowohl in DFF wie AWP organisiert sind. Die Autorin ist ein solches.*

[2] *Azadi heißt auf Urdu Freiheit.*

Evangelikales Christentum – Die Stoßtruppen der Rechten

Kayla Molodoy , Workers Power USA , *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Jahrzehntelang hat die christliche Rechte in den USA den
Widerstand gegen die Abtreibung in den Mittelpunkt ihrer politischen Mission
gestellt, indem sie sexuelle und reproduktive Fragen zur Mobilisierung einer breiten Anhängerschaft zur Waffe gemacht hat. Seit ihrer kollektiven Hinwendung
zu politischem Aktivismus während Reagans triumphalem Präsidentschaftswahlkampf
1980 ist der Evangelikalismus das Rückgrat der Republikanischen Partei in den
USA und wird in Lateinamerika, insbesondere im Brasilien von Bolsonaro,

zunehmend politisiert.

Während die unheilige Allianz zwischen religiösen ExtremistInnen und imperialistischen ProfitmacherInnen ihre Kontrolle über den Staat festigt, laufen die Frauenrechte Gefahr, zum Opferlamm auf dem Altar des anhaltenden Wahlerfolgs der Rechten zu werden.

Das Wachstum des politischen Evangelikalismus in den USA

Der Evangelikalismus nahm in Amerika erstmals im 18. Jahrhundert erkennbare Gestalt an und entwickelte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts zum „Evangelikalen Reich“, einer einflussreichen Bewegung, die sich zunächst mit liberalen Themen wie der Abschaffung der Sklaverei und der Strafrechtsreform beschäftigte, bevor sie sich über Darwins Evolutionstheorie und eine fundamentalistische Bibelauslegung zersplitterte.

Der moderne Evangelikalismus geht auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurück, als die aufeinander folgenden amerikanischen Regierungen daran arbeiteten, das Christentum mit „amerikanischen Werten“ gleichzusetzen und die christliche Gemeinschaft als Verteidigungslinie im Kalten Krieg zu mobilisieren. Der Widerstand gegen die Aufhebung der Rassentrennung, die Gegenkulturbewegungen der späten 1960er Jahre und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Abtreibung zu einem verfassungsmäßig geschützten Recht zu machen, im Urteil Roe gegen Wade von 1973, waren Katalysatoren für den Aufstieg der

Christlichen Rechten, der in den späten 1960er Jahren begann und bis heute anhält.

Die republikanische Kandidatur Ronald Reagans im Jahr 1980 markierte einen Wendepunkt in der Politisierung der evangelikalen Gemeinschaft.
Im Vorfeld der Wahl begann die zuvor tolerantere und überparteiliche Haltung der amerikanischen evangelikalen ChristInnen ihren Wandel hin zu starrer Intoleranz, die stark durch das allgegenwärtige christliche Medienimperium beeinflusst wurde, das vor allem von Jerry Falwell Sr. geschaffen wurde.

Falwell stand an der Spitze der christlich rechten politischen Organisation, der Moralischen Mehrheit, und spielte eine wichtige Rolle bei der gegenseitigen Umwerbung zwischen der Republikanischen Partei und den Evangelikalen. Unter diesem Einfluss billigte der Republikanische Nationalkonvent die sozial konservativste Plattform der RepublikanerInnen, (GOP, Grand Old Party; Große Alte Partei) die es je gab, und kehrte damit seine historische Unterstützung für die Gleichberechtigungsänderung um, wobei er als Antwort auf den Fall Roe gegen Wade den Schutz der Rechte der Zygoten, d. h. der befruchteten Eier, über die Rechte der Frauen stellte:

„Wir bekräftigen unsere Unterstützung für eine Verfassungsänderung zur Wiederherstellung des Schutzes des Rechts auf Leben für ungeborene Kinder. Wir unterstützen auch die Bemühungen des Kongresses, die Verwendung von Steuergeldern für die Abtreibung einzuschränken.“

Erfolgreicher Aktivismus an der Basis und ein außergewöhnliches Maß an Einsatz zur Förderung bevorzugter Themen

führten zu
einer hohen Wahlbeteiligung, die Reagan mit zwei Dritteln der evangelikalen Stimmen belohnte und bei seiner Wiederwahl auf 78 % stieg. Dieser Pakt schuf eine für beide Seiten vorteilhafte Symbiose zwischen der politischen Rechten und den Evangelikalen und hing fast ausschließlich von der Zustimmung
der Partei zur Übernahme der evangelikalen Linie in sozialen Fragen, einschließlich der Abtreibung, ab.

Das Bündnis zwischen den Evangelikalen und der
Republikanischen Partei besteht bis heute, wobei es für die KandidatInnen erforderlich ist, mit der christlichen Rechten in ihrem Sozialprogramm übereinzustimmen, um ihre Stimmen zu ernten
und eine glühende Bekehrung zur Unterstützung des amerikanischen Imperialismus
zu garantieren.

Lateinamerika

Für Evangelikale in den USA wird nun erwartet, sich hinter
PolitikerInnen wie Trump zu versammeln – dessen persönliche Eigenschaften ihn
zu einem völlig unglaubwürdigen Vehikel für evangelikale Bestrebungen machen –,
und dies ist fast eine Selbstverständlichkeit. Aber das Wachstum der
evangelikalen Bewegung in Lateinamerika und die Verbindungen zwischen dem
brasilianischen und amerikanischen Evangelikalismus verleihen der Christlichen
Rechten eine neue internationale Dynamik.

Die ersten protestantischen Evangelikalen landeten im 19.
Jahrhundert in Brasilien, eine zweite Welle kam in den 1940er Jahren mit dem
Aufkommen der Foursquare Church (International Church of the Foursquare Gospel)

aus Kalifornien, komplett mit zirkusähnlichen Zelt„erweckungen“ à la Billy Graham, die eine große Anziehungskraft hatten. Eine dritte Welle in den 1970er
Jahren brachte eine „neupfingstliche“ Bewegung, die von der brasilianischen Universalkirche des Königreichs Gottes (UCKG) angeführt wurde. Gegründet von
Edir Macedo, einem gegen Schwarze heftig hetzenden und möglicherweise reichsten religiösen Führer
der Welt, ist ihr Einfluss auf die brasilianische Politik extrem geworden, wobei er über eine enorme institutionelle Vertretung verfügt.

Die Wahl von Jair Bolsonaro wurde mit Hilfe des
evangelikalen Establishments Brasiliens , dominiert von der UCKG, erreicht. Bolsonaro ist, wie Trump, ein frauenfeindlicher, rassistischer homophober Politiker, der eine aktive rechtsextreme Unterstützungsbasis antreibt. Er sympathisiert auch mit der Militärdiktatur, die von 1964 bis 1985 in Brasilien an der Macht war, wobei seine einzige Kritik darin besteht, dass „die Situation
des Landes heute besser wäre, wenn die Diktatur mehr Menschen getötet hätte“.

Das wichtigste politische Handicap, mit dem sich die rechten
Parteien in Lateinamerika konfrontiert sehen, ist die anhaltende Wahlschwäche
aufgrund ihrer fehlenden Verbindungen zu Nicht-Eliten. Bolsonaro und seinesgleichen bieten bereitwillig Verbindungen zur obersten Spitze an und bringen eine Vielzahl evangelikaler WählerInnen ein, vor allem aber die untere
Mittelschicht.

Dies ist wichtig, weil sich der Anteil der evangelikalen
ChristInnen in Brasilien von 9 Prozent im Jahr 1990 auf 22 Prozent mehr als verdoppelt hat und derzeit auf 31 Prozent geschätzt wird. Es wird erwartet, dass sie bis 2032 die Zahl der KatholikInnen übertreffen werden – und die Rechte will ihr Wahlbündnis mit ihnen festigen.

Wir sehen eine ähnliche Dynamik bei den jüngsten Ereignissen in Bolivien mit der Amtsenthebung von Evo Morales durch Luis Fernando Camacho, einen fundamentalistischen und evangelikalen christlichen Multimillionär, der geschworen hat, den linkspopulistischen Einfluss der von Morales vertretenen und beschützten indigenen Mehrheitsbevölkerung zu beseitigen.

Die bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Áñez erklärte am Tag des Staatsstreichs: „Die Bibel ist in den Palast zurückgekehrt". Obwohl die bolivianischen Evangelikalen einen weitaus geringeren Anteil der Bevölkerung als in Brasilien ausmachen, ist ihre Basis in der weißen Führungs- und Mittelschicht wegen deren angeblichen Heidentums, das durch die Anerkennung der Erdgottheit Pachamama symbolisiert wird, in einen Rausch gegen die indigene Mehrheit geraten.

Ein Demonstrant gegen den Putsch hat diese „Befreiung" ironisch bedauerlich auf den Punkt gebracht : „Es ist dasselbe wie vor 500 Jahren, als die Spanier kamen und das erste, was sie den Einheimischen zeigten, die Bibel war."

Der wirtschaftliche Druck auf das KleinbürgerInnentum der USA und Brasiliens und erst gar ihre Deklassierung hat sie empfänglicher für die reaktionären Ideologien und die populistische Rhetorik von Politikern wie Trump und Bolsonaro gemacht.

In Bolivien und Brasilien ist es ihnen gelungen, die Unterstützung wichtiger Teile der herrschenden Klasse zu gewinnen. Diese fürchten sich vor den milden Reformen sozialdemokratischer oder linkspopulistischer Regierungen und ihren Versuchen, Lateinamerika aus der

Abhängigkeit vom US-Imperialismus (durch die es sich, historisch gesehen, sehr
gut geschlagen hat) herauszuholen. Der Evangelikalismus ist aufgrund seiner historischen Wurzeln in den US-Kirchen und ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts in der Bewegung ideal für diesen Zweck. Kurz gesagt, er
ist ein Werkzeug des US-Imperialismus.

Die Kulturkriege

Die evangelikale Bewegung manipuliert gekonnt angebliche
Bedrohungen der Religion, um angesichts dessen, was sie als das Schwinden des
Rangs Amerikas als „christliche Nation“ wahrnimmt, Einheit und Enthusiasmus
anzuregen.

In den USA behaupten große Nachrichtenorganisationen wie Fox
News und christliche Radio- und Fernsehstationen mit Massenpublikum regelmäßig,
dass die Fähigkeit der ChristInnen, ihre Religion auszuüben, bedroht ist. Die Verwendung schlagwortartiger Propaganda-Phrasen wie „Krieg gegen Weihnachten“
und „Angriff auf die Werte der Familie“ verstärkt diesen Verfolgungskomplex unter den hingebungsvollen AnhängerInnen des fundamentalen Christentums.

Doch während sie den bevorstehenden Untergang des
Christentums und die Unterdrückung der wahren Gläubigen beklagen, behalten die
Evangelikalen in Wirklichkeit einen übergroßen Einfluss auf Politik und Regieren. Dieser „Verfolgungskomplex“als Reaktion, der das Ende des christlichen Glaubens und einer „gottlosen Gesellschaft“ katastrophenartig vorhersagt, ist das Kraftwerk für die Verbreitung des Evangelikalismus und das
seit Jahrzehnten.

In dieser Hinsicht ist der Aufstieg des christlichen Zionismus innerhalb der evangelikalen Bewegung interessant. Er verbindet unmittelbar die „Opferrolle“ des protestantischen Christentums mit dem realen Holocaust des jüdischen Volkes und verleiht der Unterstützung Amerikas für den Staat Israel einen religiösen Eifer.

Bei der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sagten zwei evangelikale Pastoren aus Texas, die zum offiziellen Staatsbesuch der USA mitgebracht wurden, dass die Gründung Israels „die Prophezeiungen der Propheten von vor Tausenden von Jahren erfüllt hat“ und dass „der Messias [nach Jerusalem] kommen und ein Königreich errichten wird, das niemals enden wird“.

Diese „Wir-gegen-die-Mentalität“ passt perfekt zu dem für die evangelikale Botschaft so wichtigen Thema der Opferschaft und des Leidens. Entfremdung und Not, die durch den Kapitalismus erneuert und als (vermeintliche) religiöse Verfolgung getarnt wurden, wurden zu einem mächtigen Instrument, mit dem eine große Zahl von Menschen angezogen wurde, und wurden zu einem integralen Bestandteil der evangelikalen Identität. Wahrgenommene Bedrohungen wie Feminismus, legalisierte Abtreibung, gleichgeschlechtliche Heirat und die Rechte von Schwulen und Transgendern haben zu einer Botschaft des ressentimentgeladenen Untergangs-Populismus geführt und jede Art von Klassenbewusstsein verhindert.

Die konservativen FührerInnen aller Richtungen haben ihre Lektion gut gelernt: Wiederhole die und identifiziere Dich mit der Gefahr des Opferns von ChristInnen, versprich, ihren Glauben zu schützen, und Du wirst gewinnen! Mit den Worten von Donald

Trump, der die Stimmen von über 80 Prozent der Evangelikalen erhielt, die etwa ein Drittel der WählerInnenschaft ausmachen: „Wir werden das Christentum in den Vereinigten Staaten schützen."

In Brasilien mobilisierten evangelikale FührerInnen zur Unterstützung von Bolsenaro und seinen „traditionellen Familien"-Werten gegen eine PT (ArbeiterInnenpartei)-Regierung, die während ihrer 13-jährigen Regierungszeit einige Rechte für Minderheiten eingeführt, eine Debatte über die Entkriminalisierung der Abtreibung in das Unterhaus gebracht hatte und Pläne erwog, die Geschlechtervielfalt in den Unterrichtsplan aufzunehmen.

Innerhalb von 40 Jahren hat sich die brasilianische Bevölkerung von neunzig Prozent KatholikInnen auf ein Drittel Evangelikale verschoben. Die evangelikalen Kirchen betreiben heute über 600 Fernseh- und Radiokanäle, darunter auch die zweitgrößte Fernsehgesellschaft des Landes, Rede Record, die dem UCKG-Gründer Edir Macedo gehört.

Bolsonaro lehnte Fernsehdebatten mit anderen KandidatInnen ab, gab Rede Record jedoch ein exklusives sowie sein erstes Interview nach dem Gewinn des Präsidentenamtes. In diesem Interview beschrieb er die „ethische und moralische Krise" Brasiliens und drohte, die AnhängerInnen der PT ins Exil zu schicken.

Politischer Evangelikalismus und seine

Auswirkungen auf Frauen

Im letzten halben Jahrhundert hat die Ehe zwischen rechter Politik und dieser unterdrückenden christlichen Sekte die Ungerechtigkeit unter den Armen und Minderheiten der Welt – insbesondere den Frauen – eskaliert, indem sie die biblische Rechtfertigung der Überlegenheit des Mannes über die Frauen benutzt hat, um das kapitalistische Patriarchat aufrechtzuerhalten. Religionsgemeinschaften bringen die Stimme der Hälfte der Bevölkerung zum Schweigen und lenken den berechtigten Zorn auf Verarmung und Ungleichheit (finanziell wie sozial) in Gehorsam gegenüber der staatlichen Autorität um.

Diese Überzeugungen werden zur Waffe für die Unterordnung von Frauen gemacht und setzen strenge Geschlechterrollen durch, wodurch Frauen als „andere“ entmenschlicht werden und die Notwendigkeit männlicher Autorität in einer typisch rechtspopulistischen Strategie geschaffen wird. Die starre biblische Machthierarchie des Autoritarismus schafft und fordert bedingungslosen Gehorsam.

Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind nach diesen Prinzipien geordnet: Ehefrauen unterwerfen sich den Ehemännern, Kinder den Eltern, Gemeinden der Kirchenleitung, BürgerInnen dem Staat und alle Gott – wobei Gott in der Regel der Kirchenleitung gleichgestellt wird. Gleichberechtigung – und Klassen – gibt es in dieser Struktur nicht.

Mit Frauen am unteren Ende der Gesellschaft ist ihr geringes Selbstwertgefühl garantiert. Da sie aufgrund ihrer angeborenen Unwürdigkeit

ständig auf Errettung angewiesen sind, lauert immer Scham und Schande. Unverheiratet zu sein; kein Kind empfangen zu können; Sex außerhalb der Ehe zu haben; eine Schwangerschaft abzubrechen; vergewaltigt zu werden; nicht so klug, so fähig, so fleißig wie ein Mann zu sein, basiert auf dem Gefühl der Scham, einer Schande, die durch den Willen Gottes erzwungen wird.

Sogar die Mehrheit der nicht-evangelikalen Frauen, die sich nicht schämen, eine Abtreibung vornehmen zu lassen, wissen, dass Stigma und Geheimhaltung sie bedecken; sie wissen nie, wem sie es sicher sagen können. Das ist der Einfluss, den diese Bewegung auf Teile der Gesellschaft ausübt und der uns alle zu beherrschen versucht und bedroht.

Schlussfolgerungen

Der Aufstieg des christlichen politischen Evangelikalismus ist im Grunde eine reaktionäre Bewegung in allen Definitionen des Wortes. Er ist eine Reaktion der KapitalistInnenklasse auf den zunehmenden Kampf gegen die immer strengeren Sparmaßnahmen, die notwendig sind, um das System am Laufen und profitabel zu halten.

Für Teile der ArbeiterInnenklasse ist es eine Reaktion auf die anhaltende Stagnation des senilen Kapitalismus, der die nicht zur herrschenden Klasse gehörenden Menschen, vor allem die Frauen, wirtschaftlich, politisch und sozial an Boden verlieren lässt. Das Fehlen einer revolutionären sozialistischen Alternative zur Verbesserung dieser realen Bedingungen macht

die Religion noch attraktiver.

Sie spielt mit der Angst vor dem Tod und dem Mangel an Lebenschancen. Wenn man nämlich keine Möglichkeit sieht, seine Stellung in diesem Leben zu verbessern, kann man genauso gut auf das Leben nach dem Tod setzen. Gleichzeitig bietet sie eine wirkungsvolle Alternative zur einschmeichelnden geistigen Nahrung des Katholizismus und des Mainstream-Protestantismus, die beide weder wirkliche Möglichkeiten zur Veränderung des heutigen Status noch die emotionale Befriedigung eines glühenden Glaubens an ein Paradies jenseits des Todes bieten.

Und obwohl alle Teile der ArbeiterInnenklasse für dieses kapitalistische Gift bezahlen werden, sogar die Evangelikalen, werden die Frauen am meisten blechen. Rechte werden beschnitten, der politische Einfluss in der Gesellschaft wird eingeschränkt, das Selbstwertgefühl wird zerstört, und die Vorbilder für Frauen werden auf Schmarotzerinnen wie JeanineÁñez, die derzeitige Interimspräsidentin Boliviens, reduziert.

Viele der schlimmsten Gräueltaten der Geschichte wurden unter dem Einfluss der Religion begangen. Eine bessere Welt ist möglich, aber sie wird für Frauen und Männer nicht unter dem Deckmantel von Religion jeglicher Art gefunden werden.

Das bedeutet nicht, dass wir als KommunistInnen die Unterdrückung der Religion fordern; im Gegenteil, wir fordern die Freiheit der Religionsausübung für alle – solange eine solche Praxis nicht die Freiheit der anderen beeinträchtigt, weder innerhalb noch außerhalb der Sekte. Man braucht nur die verzweifelte Notlage der UigurInnen in China oder der Minderheiten in islamistischen Regimen zu betrachten, um zu sehen, dass religiöse

Verfolgung
tatsächlich existiert – und in beide Richtungen zuschlägt.

Aber während die Religion auch
unterm Kapitalismus notwendiges Opium bleibt und einen Zufluchtsort für Milliarden in einer feindlichen und grausamen Welt bietet, predigt sie die Unterwerfung unter die bestehende Ordnung und lenkt die Sehnsucht nach einer
besseren Welt in ihr Gegenteil, die Unterstützung von Ausbeutung und Unterdrückung, um. Wann und wo immer religiöse Institutionen in die irdische
Welt eingreifen, widersetzen wir uns mit Händen und Füßen.

Wir brauchen eine weltweite Einheit des Kampfes auf der
Grundlage der ArbeiterInnenklasse, um diese wachsende Bedrohung auf der ganzen
Welt zu bekämpfen, mit Frauen an der Frontlinie im Kampf gegen die besondere
Unterdrückung, der sie durch die evangelikale christliche Reaktion ausgesetzt sind
und sein werden.

Frauen in China: die „Verliererinnen“ des Aufschwungs?

Resa Ludivien, Unterstützerin Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Die Situation von und für Frauen in China hat sich in den

letzten Jahren sehr verändert, was vor allem daran liegt, dass es eine Neuorientierung der chinesischen Politik mit der Wahl Xi Jinpings zum Staatspräsidenten gab. Doch schaut man sich die Entwicklungen der letzten 100
Jahre an, erscheinen die Veränderungen –Kämpferinnen im Krieg, wichtiger Teil
der chinesischen Planwirtschaft, zurück an den Herd verdammt – besonders gravierend.

Gerade Frauen, die nach der neuen chinesischen Politik nicht
(mehr) ins Weltbild passen, haben es in China immer schwerer. Dazu gehören
nicht nur weiterhin Aktivist_Innen für Frauenrechte, solche, die der heteronormativen Norm entsprechen, sondern auch zunehmend muslimische Frauen
sowie Frauen, die selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und deswegen keine Familie oder Kinder anstreben oder selbst einen Anteil am chinesischen
Aufschwung einfordern. Man könnte daher glatt die Frage in den Raum stellen, ob
sie nicht die „Verlierinnen“ des Aufschwungs und der
Politik Xi Jinpings sind und zukünftig auch sein werden.

Doch zunächst muss geklärt werden, woher die heutigen
Besonderheiten Chinas herrühren. Genauso wie in anderen (Groß-)Reichen, vor
allem in Asien, gab es in China eine andere Form der vorkapitalistischen Wirtschaft als Antike bzw. Feudalismus. Marx und Engels nannten sie asiatische
Produktionsweise, doch kam sie auch in anderen Erdteilen vor (z. B. Mittel- und Südamerika). Auffällig ist, dass der „Staat“, sprich der jeweilige Herrscher und seine Beamten, eine wichtige Rolle in Produktion und Handel spielte. Gründe für diese starke Stellung waren die Größe der damaligen Flächenstaaten, aber auch klimatische Verhältnisse, die stets zwischen Dürre und Überschwemmungen schwankten und deshalb eine zentrale

Bewässerungswirtschaft erforderten. Um Anbau von Nahrung und Produktion anderer Güter zu ermöglichen, brauchte man zuverlässige Verantwortliche, die sich u. a. um das Bewässerungssystem des Landes kümmern. Kein Wunder also, dass sich in diesen Ländern eine starke bürokratische Elite entwickelt hat, die die Produktionsmittel verwaltete. Im alten Ägypten waren es die Pharaonen und die Priesterkaste und im vormodernen China der Kaiser und seine Beamten (Mandarine). Allerdings konnten dies nur Männer werden, genauer gesagt Männer aus reichen Familien. Ein solcher Posten bedeutete nicht nur sozialer Aufstieg, sondern natürlich auch Macht. In den Quellen aus der Vormoderne spielen Frauen in China nur eine geringe Rolle, weswegen wir heute vor allem die erniedrigende Praxis des Füße Bindens mit ihrer Stellung in Verbindung bringen. Allerdings ist gewiss, dass trotz des patriarchalen Systems Frauen aus der Klasse der Bäuerinnen und Bauern stark am Produktionsprozess in Haus und Hof sowie auf den Feldern beteiligt waren.

Zwischen Fortschritt und Rückschritt

Als 1949 die Volksrepublik China gegründet wurde, wurde die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung niedergeschrieben. Nicht nur, weil jene, die sich selbst als Kommunist_Innen sehen, wissen, dass ein Sozialismus nur mit Frauenbefreiung einhergehen kann, sondern auch, weil sie beim Aufbau des neuen Staates gebraucht wurden. Natürlich war auch damals die Frau gesellschaftlich noch nicht gleichgestellt, sodass in der Verfassung

mehr ein Ziel formuliert wurde, als es je unter der Herrschaft der KP Chinas Wirklichkeit wurde. Doch 70 Jahre später und nach der ab Ende der 1970er Jahre
eingeleiteten wirtschaftlichen Neuorientierung, die zwar den Lebensstandard insgesamt gehoben hat, hat sich die Lage der Frau in den letzten Jahren verschlechtert.

Ab dieser Zeit wurde die Restauration des Kapitalismus in
der VR China eingeleitet. Dieser spielte ab Beginn der 1990er Jahre wieder die
bestimmende Rolle im Land. Schon vor der letzten Weltwirtschaftskrise war China
in die Reihen der imperialistischen Großmächte aufgerückt, was sich heute im
Hauptkonflikt zwischen China und den USA niederschlägt. Davor, seit dem Korea-Krieg, war die VR China ein von Beginn an bürokratisch degenerierter ArbeiterInnenstaat ähnlich der UdSSR, Osteuropa, Nordkorea und Kuba. Die Mehrheit der Bevölkerung stellte aber bei Weitem die Bauern- und Bäuerinnenschaft.

„Gender Pay Gap“, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen,
spielt auch in China eine Rolle. War China 2008 noch auf Platz 57, was diese Ungleichheit angeht, lag sie im Jahr 2017 nur noch auf Platz 100. Noch schlechter schnitten Frauen mit Kind in China ab. Ist der Negativmaßstab 42 %
weniger Lohn für Mütter, beträgt er für kinderlose Frauen immerhin 37 %. Und dies, obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von sehr gut ausgebildeten Frauen in China gibt. Diese Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt dazu,
dass Frauen entweder in die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehepartner
gedrängt werden, der sie aufgrund fehlenden Geldes nur schwer wieder entfliehen
können, oder aber in die Schwarzarbeit, zu menschenunwürdigen Bedingungen. Letzteres

trifft gerade auf arme Frauen und den Großteil der weiblichen Landbevölkerung zu – eine Gruppe, die, wenn sie in die Städte geht, um Arbeit zu suchen, in China sowieso schon unabhängig vom Geschlecht kriminalisiert ist.

Die Restauration des Kapitalismus seit Mitte der 1970er Jahre hat sich also negativ ausgewirkt. Die Bestrebungen Xi Jinpings, China zur weltweit dominierenden imperialistischen Macht zu machen, also den USA ihren Rang abzulaufen, haben ihr Weiteres dazu getan. Sein nationalistisches und militärisches Programm ist dabei ebenso zu nennen wie seine neue Wirtschaftspolitik. Die chinesische Wirtschaft wird heute vor allem von Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe dominiert. Allerdings verlagert China seine Produktion zunehmend in afrikanische Länder und nach Südostasien, nicht nur weil es dort lukrativer ist, sondern auch, um im Kampf um die Neuaufteilung der Welt sein Einflussgebiet zu vergrößern. Mittelfristig wird dies gerade jene Frauen treffen, die durch die Restaurationspolitik eine Arbeit in der kapitalistisch umstrukturierten Industrie annehmen mussten und deren Arbeitsplätze in China wegfallen werden.

Frauenbewegung in der VR China

Schaut man sich ein Bild vom letzten Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei an, sieht man…..Männer. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Rolle der Frau in den Augen der KP im Jahr 2019.

Auch die offizielle Frauenorganisation kann dieses Missverhältnis nicht aufheben und möchte es auch nicht. Doch eine unabhängige Organisierung in China ist schwierig, da es weder Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt, geschweige denn das Recht, sich legal zu organisieren.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste von Frauen. Insbesondere die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt spielten dabei eine wichtige Rolle. Im Jahr 2017 rangierte China auf einem der letzten Plätze, wenn es um „Überleben und Gesundheit“ von Frauen geht. Kein Wunder, dass es die #Me-Too-Bewegung sogar bis nach China geschafft hat. Über Tausende beteiligten sich und Hunderte Millionen Menschen (Vergleich: Deutschland hat nicht einmal 100 Millionen Einwohner*innen) teilten die Beiträge von Frauen, die über ihr Erlebtes berichteten. Über 70 % der chinesischen Frauen gaben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Dennoch geht man von einer noch höheren Dunkelziffer aus. Nach einer solchen Umfrage musste das zuständige Institut in Guangzhou (Kanton), das zu Gleichberechtigung forschte, seine Arbeit einstellen. Außerdem wurden in sozialen Medien die Accounts von Aktivist_Innen gesperrt. Daran erkennt man ,wie sehr dem Staat dieses Thema ein Dorn im Auge ist.

Auch die 37-tägige Inhaftierung der sog. „Feminist Five” Li Maizi, Zheng Churan, Wei Tingting, Wu Rongrong und Wang Man im Jahr 2015 bestätigt dies. Man versucht, durch solche Aktionen die Aktivist_Innen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch durch das Abschneiden von der

Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch gerade Aktivist_Innen wie Li Maizi macht man nicht so leicht mundtot. Sie engagiert sich nicht nur für Frauenrechte in China, sondern stellt auch ein Bindeglied zur kriminalisierten LGBTIQ-Community her. Diese wiederum hat viele weibliche Aktivist_Innen und nicht nur solche, die selbst Teil der Community sind. Auch viele Mütter, die sich gegen die Entkriminalisierung ihrer Kinder einsetzen, beteiligen sich am Protest.

Was tun die Gewerkschaften für chinesische Frauen?

Im Grunde kann man sagen, dass die einzige legale Gewerkschaft (Allchinesischer Gewerkschaftsbund; ACGB) mit über 300 Millionen offiziellen Mitgliedern keine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne darstellt. Sie ist weder in den Betrieben verankert noch vertritt sie die Interessen der Arbeiter_Innen.
Auch ist ihre Führung durch den Staat eingesetzt und somit nicht frei gewählt.
Insgesamt besteht die Strategie Pekings darin, Protest zu entpolitisieren.

Dennoch gab es einen Anstieg von Arbeitskämpfen in China in den letzten 30 Jahren, was mit seiner Entwicklung zu einem wichtigen Player des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Gerade der Südosten Chinas hat viele Kämpfer_Innen hervorgebracht. So gab es bspw. seit 2008 immer wieder Streiks im Reinigungsbereich. Angeführt wurden diese von Frauen. Auch in China ist dies ein Sektor, in dem gerade Menschen arbeiten, die sonst keine bessere Jobperspektive haben wie Alte, Arme, Migrant_Innen und Frauen. Im Jahr 2014 wurde das Guangzhou’s Higher Education Mega Center, das 200.000

Studierende
umfasst, von den Arbeiter_Innen der Putzfirma bestreikt. Von Anfang an verbanden sie Migrant_Innen und Frauen durch Selbstorganisierung. Sie wählten
sogar 18 Vertreter_Innen, von denen 5 zugelassen waren, für Gespräche mit der
Firma. Ebenso solidarisierten sich Hunderte Studierende. Diese Arbeitskämpfe
bilden einen wichtigen Pol, um den herum sich der Aufbau vom Staat unabhängiger, klassenkämpferischer und antibürokratischer Gewerkschaften vollziehen kann, die überdies weit mehr Schichten als die ArbeiterInnenaristokratie organisieren müssen und können.

Innere Widersprüche und die Stellung der Frau in China

Wie in allen anderen Kulturkreisen gibt es auch in China
historische Begebenheiten und Vorstellungen, die die Stellung von Frauen sowie
das Miteinander der Gesellschaft bis heute prägen. In Ostasien ist das u. a. die Philosophie des Konfuzianismus.

Allerdings war eines der einschneidendsten Erlebnisse für
Frauen in der jüngeren Vergangenheit vor allem die Ein-Kindpolitik ab 1979, die
vor ein paar Jahren abgeschafft wurde. Familien durften nur ein Kind bekommen
(mit Ausnahmen u. a. auf dem Land, da dort die Arbeitskraft benötigt wurde) und Mädchen wurden in großer Zahl getötet. Gründe dafür sind nicht nur das Prestige, dass ein Junge und
späterer Erbe mit sich brachte, sondern auch die Tatsache, dass Mädchen, um zu
heiraten, ihre Familien verlassen würden und sich somit nicht um die Eltern kümmern könnten. Heute kommen ca. 100 Frauen auf 121 Männer. Die Auswirkungen

hiervon sind Raub an jungen Mädchen in China und angrenzenden Ländern sowie
eine Konzentration unverheirateter Männer in armen Provinzen.

Am Beispiel Hongkong kann man viele Widersprüche innerhalb
der chinesischen Gesellschaft ab der Phase der Restauration erkennen und beschreiben. Hier ist der Konflikt zwischen kapitalistischen Bestrebungen und
Frauenbefreiung täglich sichtbar, die Probleme der doch nicht so
gleichgestellten Frau treten offen zu Tage.

Hongkong ist für viele Chines_Innen das Ziel ihrer Träume.
Die ehemalige britische Kronkolonie, heutige bedeutender Finanzstandort, verspricht
der armen Bevölkerung auf dem Land Arbeit und ein besseres Leben. Doch kann die
Stadt dieses Versprechen nicht halten. Dennoch ist dies eine Frage, die nur wenige von den immer wieder aufkeimenden und aktuell stattfindenden Protesten
aufgreifen. Etwa die Hälfte aller Demonstrant_Innen bei den weiterhin anhaltenden Protesten sind Frauen. Unabhängige Frauengruppen- und -initiativen
haben sich herausgebildet. Dennoch: Veraltete Rollenbilder von Frauen, die schweigen und sich gefälligst mit nichts außerhalb des privaten Raums beschäftigen sollen, gibt es natürlich nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien. Um Frauen daran zu erinnern, wo aus patriarchaler Sicht ihr Platz ist, greifen Polizist_Innen in Hongkong zu einer ganz besonderen Form der Gewalt: sexualisierter Gewalt. Ungefähr jede fünfte Frau, die festgenommen wurde, berichtet von sexueller Belästigung und Gewalt durch die Polizei. Die Bewegung reagierte mit Demonstrationen dagegen, die von Tausenden besucht
wurden. Und nicht nur Frauen solidarisieren sich, auch Männer. Ein kleiner Anfang.

Proletarische Frauenbewegung jetzt!

Die #Me-Too-Bewegung hat den Bedarf, den es auch in China gibt, gezeigt. Jetzt gilt es, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht nicht nur eine Selbstorganisierung, sondern aufgrund der hohen Zahlen an häuslicher und sexualisierter Gewalt organisierten Selbstschutz. Doch eine Organisierung der Frauen ist nur möglich, wenn man einerseits trotz all der Repression immer wieder Öffentlichkeit für die Themen schafft und andererseits die Herausforderung angeht, trotz überwachter sozialer Medien, Frauen über größere Entfernungen hinweg zu organisieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land.
Hier kann allerdings von der Queerbewegung gelernt werden, die es seit Jahren immer wieder erfolgreich schafft, sich zu organisieren und auch Treffen zu abzuhalten.
Der Gebrauch von dafür genutzten Tarninternetseiten sollte aber dabei dem Verkehr über WeChat vorgezogen werden.

Die Perspektive, die eine chinesische Frauenbewegung braucht sind nicht nur praktische Antworten auf Diskriminierung, sexualisierte Gewalt und Repression, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe mit anderen Betroffenen der chinesischen Politik, sprich eine internationalistische Perspektive. Ebenso darf man nicht vergessen, dass derzeit viele der Aktivist_Innen aus der gebildeten Schicht in den Großstädten stammen. Auf die Interessen von proletarischen Frauen muss daher dringend eingegangen werden. Eine Verbindung einer chinesischen Frauenbewegung mit der von Peking stillgehaltenen Arbeiter_Innenbewegung

ist unabdinglich. Alles andere als eine solche proletarische Frauenbewegung würde
auch darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der neuen Politik und der
patriarchalen Gesellschaft Chinas gerade Arbeiterinnen trifft. Sie werden von ihren Familien getrennt und kriminalisiert, weil sie versuchen, in den Städten Arbeit zu finden. Sie sind es, die aufgrund schlechter Ausbildung und Jobs der
häuslichen Gewalt nicht entfliehen können und auch zunehmend ihre Jobs verlieren werden, wenn China die Produktion weiter ins Ausland verlagert. Gleichzeitig sind nur sie zahlenmäßig und von ihrer Klassenstellung her im Unterschied zu (bildungs-)bürgerlichen und Mittelschichten dazu in der Lage,
durch Streiks, v. a. gemeinsame mit ihren männlichen Kollegen, und weitere Mittel die chinesische Gesellschaft in Bewegung zu setzen und für die Befreiung
der Frau einzutreten.

Kommunistinnen müssen an vorderster Front in den Massenorganisationen ihrer Klasse arbeiten, v. a. in Gewerkschaften und Frauenbewegung, um sie für revolutionär-sozialistische Ziele zu gewinnen, eine
neue revolutionäre kommunistische Massenpartei und kommunistische Frauenorganisation aufzubauen.

- Für eine internationale, proletarische Frauenbewegung und -internationale!
- Für Frauenselbstorganisierung- und -selbstverteidigungsgruppen!
- Bildet unabhängige Gewerkschaften!
- Für den Aufbau einer revolutionären Fünften ArbeiterInneninternationale!